

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.

24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 29. Februar. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allerhöchst geruht: Dem Regierungs- und Schulrat Dr. Landermann zu Koblenz den Charakter als Geheimer Regierungsrat zu verleihen; so wie den Pfarrer Bauerfeind in Lüben zum Superintendenten der Diözese Lüben, den Pfarrer Markgraf in Grabow zum Superintendenten der Diözese Burg und den Ober-Prediger Schlaaff in Weferlingen zum Superintendenten der Diözese Beferling zu ernennen.

Der bisherige Kreisrichter Baumann in Polzin ist zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Lüdinghausen und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Münster, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Lüdinghausen; und der bisherige Kreisrichter Ritter zu Darkehmen zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht zu Stallupönen und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Duderstadt, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Stallupönen, ernannt worden.

Dem Lehrer Wolff an der Realsschule zu Köln ist das Präsidat eines Über-Bechers verliehen worden.

Nr. 52 des St. Anz. enthält Seitens des k. Ministeriums der landwirthschaftlichen Angelegenheiten eine Verfügung vom 15. Februar 1860, betr. die Auslegung des §. 12 des Jagdpolizei-Gesetzes vom 7. März 1850 in Bezug auf die Zahl der Vächter eines gemeinschaftlichen Jagdbezirks.

Das 6. Stück der Gesetzesammlung, welches heute ausgegeben wird, unter Nr. 5177 den Allerhöchsten Erlass vom 2. Januar 1860, betr. die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Köstritz über Pudewitz bis zur Gniejener Kreisgrenze; unter Nr. 5178 den Allerhöchsten Erlass vom 2. Januar 1860, betr. die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Friedeberg nach dem dortigen Bahnhofe der Kreuz-Küstrin-Frankfurter Eisenbahn; unter Nr. 5179 das Statut für den Brandenburger Havel-Krautung-Verband, vom 16. Januar 1860; unter Nr. 5180 den Allerhöchsten Erlass vom 16. Januar 1860, betr. die Verleihung eines Theilnahmerechts an der durch Allerhöchste Ordre vom 24. Febr. 1843 für die Besitzer größerer Familien des Königreichs Preußen gestifteten Kollektivsumme an den Grafen von Kettlering-Rennstadt; unter Nr. 5181 den Allerhöchsten Erlass vom 16. Januar 1860, betr. die Erhöhung des Zinsfußes der Kreise Schrimm ausgegebenen Chausseebau-Obligationen von vier auf fünf Prozent; und unter Nr. 5182 den Allerhöchsten Erlass vom 13. Febr. 1860, betr. die Erteilung des Expropriationsrechts für die von Bromberg über Thorn bis zur Landesgrenze in der Richtung auf Löwitz zu erbauende Eisenbahn, so wie die Leitung des Baues und Betriebes dieser Bahn durch die R. Direktion der Ostbahn.

Berlin, den 27. Februar 1860.
Debitkontoir der Gesetzesammlung.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 28. Febr. [Die Situation.] Wenn unserer Angabe, daß Preußen den russischen Vorschlägen auf freie Konferenzen sich angegeschlossen habe, auch widersprochen worden ist, so müssen wir nicht desto weniger diese Mittheilung aufrecht erhalten, können aber gleichzeitig noch hinzufügen, daß Preußen von vornherein ein Ergebnis von freien Konferenzen, wo Preußen von vornherein ein Ergebnis von freien Konferenzen, wo

eine Verständigung schwieriger denn je geworden ist, nicht gehofft, und demnach nur, weil es keinen Ausweg zur Erledigung der Frage unverzagt lassen wollte, auf dasselbe Terrain mit Russland sich gestellt hat. Frankreich und England gehen auf den russisch-preußischen Vorschlag nicht ein; sie wollen Konferenzen auf Basis einer vorherigen Abmachung. Nebrigens wird es gut sein, die Parlamentszählung, in welcher die savoyische Angelegenheit zur Sprache gebracht wird, und die Eröffnung der französischen Legislative abzuwarten. Das englische Ministerium konsolidiert sich und das ist für die Friedenspartei in Europa eine beruhigende Thatache. Die savoyische Annexionsfrage hat an Wichtigkeit verloren, seitdem es so gut als gewiß ist, daß jedenfalls die Alpen zwischen Frankreich und Piemont die Grenze bilden werden. In Betreff Mittelitaliens bedauern Männer, welche dem monarchischen Prinzip aufrecht ergeben sind und den Frieden gesichert sehen möchten, daß Sardinien auf der einen und Russland und Preußen auf der anderen Seite sich durch verschiedenartige Gründe zu einer Zurückhaltung bewegen lassen, welche Sardinien nicht erlaubt, die Annexion anzunehmen, und Preußen wie Russland abmahn, sich offen für dieselbe zu erklären, obgleich damit die Versicherung Napoleons, daß Europa die Annexion nicht wolle, auf einmal über den Haufen fallen würde. Wir wollen dem Legitimitätsprinzip nicht zu nahe treten und begreifen, daß Preußen und Russland an demselben noch immer festhalten. Wie aber, wenn mit diesem Zaudern das

monarchische Prinzip gefährdet würde, wenn die Italiener schließlich gar andere Wege beliebten, welche über die Romagna hinaus reichen dürften. Und dennoch droht die größte Gefahr weder von Savoyen, noch von Mittelitalien her, sondern aus Venetien. Wir haben neulich schon hervorgehoben, daß die Antwort des Grafen Nechberg auf die Eröffnung des französischen Gefänden von großem Wertigkeit sein werde. Beiläufig sind diese Eröffnungen nicht zu verwechseln mit der gleichzeitigen von Paris abgegangenen Note Thouvenels an das österreichische Kabinett. Ohne über das Detail uns präzise ausdrücken zu wollen, bemerken wir zur Haupfsache, daß Frankreich das bisherige Unterbleiben der nationalen Organisation Venetiens, die es nach den Friedensbestimmungen verlangen kann, jetzt als Argument geltend macht, um sich von seinen Versprechungen in Bezug auf der Restauration auf gute Manier zu lösen. Frankreich führt aus, daß der Krieg in Italien unternommen worden sei, um den Italienern zu nationalen Institutionen zu helfen und daß es in Villafranca nur unter der Bedingung, daß

Destreich Venetien eine nationale Organisation gäbe, versprochen hätte, die Rechte der entthronten Fürsten möglichst zu schützen. Destreich habe seine Bedingungen nicht erfüllt und dadurch die Restauration unmöglich gemacht. Was wird Graf Nechberg hierauf antworten? Mit militärischen Vorbereitungen, Belagerungszustand, Einkerkierungen? Dann dürfte der Ausbruch des Krieges nicht allzu lange auf sich warten lassen. Nun liest man hier und

dort in Zeitungen, daß Destreich sich nach Bundesgenossen umsehe und an Russland, wie an Russland Zugeständnisse gemacht habe, an Russland in Bezug des heiligen Grabs. Preußen wollen wir für heute hierbei aus dem Spiele lassen, aber jegliches Zugeständnis an Russland wäre für das Petersburger Kabinett ohne Werth, weil Destreich nicht im Stande und beim besten Willen nicht in der Lage ist, Garantien für diese Zugeständnisse zu geben. Die Unsicherheit dürfte also am längsten gedauert haben.

* * — [Napoleons Pläne in Italien.] Der Vorschlag Preußens in Bezug der freien Konferenzen ist von einer Reserve begleitet. So heißt es in verschiedenen Blättern. Wir wollen dazu bemerken, daß die Reserve dahin zu verstehen ist, wenn Preußens Vorschlag auch anderweitig Anfang fände. Was Russlands Proposition anbelangt, so fängt man hier an, zu glauben, daß dieselbe auf Anregung Napoleons gestellt worden ist. Napoleon nämlich dürfte damit bezwecken, erstens, was ihm viel werth ist, Zeit zu gewinnen, und zweitens, für die Italiener ein neues Drophmittel zu haben, um sie für seine Projekte gefügiger zu stimmen. Es ist nicht seine Absicht, Sardinien in den Besitz von ganz Mittelitalien gelangen zu lassen, und wir können zunächst die Nachricht, welche die "Kreuzzeitung" in einer Pariser Korrespondenz bringt, daß Napoleon aus Toscana, einem Theile von Modena und der Romagna ein eigenes Königreich bilden will, nur einfach bestätigen. Indes müssen wir noch hinzufügen, daß die Frage, Wenn dieses neugebildete Reich zusallen solle, eine offene ist. Sedenfalls aber ist als sicher anzunehmen, daß Napoleon die faktische Unabhängigkeit dieses Königreichs von Sardinien gewahrt wissen will. Man darf sogar noch weiter gehen und es geradezu aussprechen, daß, wenn unglücklicherweise die Annexion auf anderem, als dem jetzigen Wege verlauten sollte, Napoleon, um sie zu hindern und Sardinien zu beschäftigen, lieber einen zweiten Krieg mit Destreich beginnen, ohne sich weiter vor dem sogenannten österreichisch-russischen Vertrage zu entscheiden. Was die Stellung zur Schweiz anbetrifft, über welche die "Patrie" einige Aufschlüsse zu geben sucht, so muß man es mit den Worten dieses offiziösen oder inspirierten Blattes nicht so genau nehmen. Napoleon will aus Gewissheit der Schweiz die neutralisierten Gebiete Savoyen überlassen, er will nicht, daß die Schweiz dieselben fordere. Ungleich wichtiger, als die Auslassung der "Patrie", ist die Hinwendung, mit welcher in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses der Minister des Auswärtigen, Frhr. v. Schleinitz, den Vorschlag, den Gesandtschaftsposten in der Schweiz und Württemberg zu vereinigen, als in der gegenwärtigen Situation unannehmbar bezeichnete. Gerade jetzt habe die Schweiz, in der sich Frankreich durch einen Diplomaten ersten Ranges, durch einen Botschafter vertreten lasse, eine ganz hervorragende Wichtigkeit Angebots der Dinge, die sich theils in diesem Lande selbst, theils in dessen unmittelbarer Nachbarschaft vorbereiten.

■ Berlin, 28. Febr. [Zur Situation; preußische Arzte in Spanien; spanische Angelegenheiten.] Die Zeitungen beiderseitig sind nach wie vor damit, das Verhältniß Preußens zu den Vereinbarungen zwischen Frankreich und England in den Angelegenheiten Italiens zu erklären oder festzustellen. Es ist streng der Wahrheit gemäß, was wir wiederholt Gelegenheit hatten in Ihrer Zeitung aus sicherer Quelle zu berichten, daß seit der Zusammenkunft des Kaisers Alexander und des Prinz-Regenten in Breslau vollständige Übereinstimmung der Ansichten in den jetzt die Annäherung fast ausschließlich beschäftigenden Angelegenheiten stattfindet. Preußen wird sich eben wenig von England als von Frankreich Vorschriften machen lassen, sondern umbenannt um die neue westmäßliche Freundschaft ruhig seinen graden Weg fortzugehen. Am allerwenigsten wird es die schwankende Politik des Kaisers der Franzosen adoptiren. Wir müssen dabei immer wieder darauf zurückkommen, daß es ebenfalls aus guter Quelle geschöpft war, wenn angedeutet wurde, daß die außerordentliche Mission des Generals v. Wildenbruch im Interesse jener Gemeinschaft der Ansichten Preußens und Russlands erfolgt ist. Dazwischen steht, wo es sich um den Bruch oder die Nichterfüllung der Verträge von Villafranca und Zürich handelt, nicht an jenen Gegner, sondern an die Wächter dieser, wie der übrigen seit 1815 geschlossenen Verträge anzieht, ist selbstverständlich, und es ist sehr glaubbar, daß es dieser Annäherung sehr gern Interessen mancherlei Art zum Opfer bringen möchte, ohne daß indeß dies Einverständnis, wie einige Blätter versichern, schon bis zu einer förmlichen Allianz gediehen wäre. Ein hoher russischer Offizier aufzerte die Tage an einer großen Tafel: "Man irrt in der Annahme, daß England, so geneigt es auch ist, zur Erhaltung des europäischen Friedens beizutragen, sich willig finden wird, nach der Peise Englands oder Frankreichs zu tanzen, oder nach den Melodien, welche die revolutionäre Presse dazu anstimmt." — Während erst vor einigen Tagen (s. gestr. 3.) ein preußischer Regimentsarzt auf höchsten Besuch zur spanischen Armee in Afrika abgegangen ist, waren schon zu Anfang des Feldzuges mehrere junge preußische Arzte über Paris nach Madrid gereist, um dort Anstellungen zu suchen. Eine von ihnen (aus Curi, Schüler Langenbeck's) hat dort durch seine Empfehlungen eine vortheilhafte Anstellung im Ministerio de gracia, unter dem auch der öffentliche Unterricht und die königliche Medizinschulen erhalten, erhalten. Ein zweiter ist im Karabinierregiment, ein dritter bei der Guardia civil als Stabsarzt angestellt. Man rühmt die Leistungsfähigkeit des Marchalls O'Donnell, der sowohl als Präsident des Ministerrates wie als Kriegs- und Kolonialminister bis in die kleinsten Einzelheiten der Generalverwaltung wie seiner Departements dringt. Wie viele Einrichtungen der Flotte, so ist auch die neue Eintheilung des Generalstabes, der unter dem Generalleutnant Felix de Messina steht, von dem Minister vorgeschlagen und ausgeführt. Derselbe zerfällt, was die Armee betrifft, in vierzehn Unterstabe oder den Stab der Generalkapitäne der 14 Provinzen, in welche die Balearen und die Kanarischen Inseln, so wie Kuba und die Philippinen so weit eingegliedert sind, daß sie selbständige Kapitanata bilden. Der Generalstab der Flotte zerfällt in 6 Departements: in die 3 des Festlandes (Kabyl, Ferrol und Kartagena) und in die 3 Departements oder Stationen der Kolonien und der Flottestationen Havanna, Portorico und die Philippinen. Der Marineminister, Generalleutnant Mac-Grohon, wird als ein sehr unterrichteter Mann geschildert.

PB — [Preußischer Handelstag.] Sechste Sitzung vom 28. Febr. Auf der Tagesordnung steht: Nr. XVI. Ausdehnung der Privatbanken. Die Kommission hat beantragt: 1) Die Staatsregierung zu ersuchen, anzuordnen, daß die von den preußischen Privatbanken ausgegebenen Noten in allen Staatsklassen angenommen werden dürfen und die Staatsbank anzuweisen, die Noten der Privatbanken an die Privatempfänger, die es wünschen,

Inserate
(14 Sgr. für die flugsgepflanzte Zeile oder deren Raum; Melkam ein verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

auszugeben. Sollte diesem nicht nachgegeben werden, wenigstens zu gestatten, daß diese Noten mindestens von den vom Handelsministerium ressortirenden Kassen angenommen werden. 2) Den Privatbanken zu gestatten, Gelder von Privaten in laufenden Renten ohne Kündigungsfrist und gegen Verzinsung anzunehmen. 3) Die Summe der den Privatbanken zur Ausgabe verstaateten Zehntalernoten von 100,000 Thlr. auf 250,000 Thlr. zu erhöhen. 4) Die Staatsbeamten anzuweisen, beim Umtausch der Noten, Wechsel von Privatbanken, welche noch 4 Wochen zu laufen haben, anzunehmen. Sämtliche Anträge werden angenommen. — II. Eisenbahnen verkehr. Von Magdeburg und Bielefeld sind Anträge gestellt, welche bezwecken, daß die in dem Entwurf eines deutschen Handelsgesetzes enthaltenen Bestimmungen über die Eisenbahnverbindlichkeit der Eisenbahnverwaltungen als Frachtführer, gegen welche die Eisenbahndirectionen remonstriert haben, bei der dritten Lesung des Entwurfes in das Gesetz aufgenommen werden. Die Verhandlungen, welche in dieser Beziehung von einer durch den Handelsminister berufenen Konferenz von Vertretern der Eisenbahnverwaltungen und sodann des Handelsgepflogen worden, sind bekannt, die Kommission hat dieselben geprüft und empfiehlt dem Handelstag, sich die Ansichten der Ministerialkonferenz anzueignen, was von der Versammlung einstimmig beschlossen wird. Die Kommission hat in Bezug auf Vorschläge von Stettin und Minden wegen Abänderung der Eisenbahntarife einen ganz allgemeinen Antrag formulirt, dazin, daß bei den Tarifbestimmungen nach rationellen Grundzügen, insbesondere wegen des lokalen und des internationalen Verkehrs, verfahren werden möge, was auch vom Handelstag angenommen wird.

Von Bielefeld und Bochum sind die Ermäßigung der Eisenbahnfrachten für Steinkohlen und andere bergmäßige Produkte und Erleichterungen des Frachtverkehrs auf den Eisenbahnen überhaupt angeregt worden, wobei die vortheilhaftesten Tarifbedingungen, welche der norddeutsche Eisenbahnverband durch seinen Beschluss vom 9. August v. J. bezüglich der westfälischen Hüttenprodukte eingeraumt hat, ins Auge gefaßt worden sind. Namentlich die Staats-eisenbahnen haben bisher eine minder günstige Stellung eingenommen, doch hat der Handelsminister bereits Gutachten der Interessenten eingefordert, und für diesen Zweck sind die vorliegenden Anträge auf eine billige Ermäßigung der Eisenbahnfrachten für diese Produkte gestellt worden, deren Annahme die Kommission empfiehlt. Die Annahme geschieht einstimmig. — Den Antrag von Essen, Werden und Kettwig, die Staatsregierung zu ersuchen, durch Verhandlungen mit der braunschweigischen Regierung auf Herstellung einer zweiten Hauptverbindungsbahn des Westens und Ostens des Staates (Buse-Kreiszenen) wird angenommen. — Als Gegenstand der Tagesordnung liegt noch vor, die Regierung zu ersuchen, für alle in Preußen zahlbaren Wechsel folgende Stempelsteuer-ermäßigung eintreten zu lassen: daß bis 100 Thlr. 1 Sgr., bis 300 Thlr. 2 Sgr. und so für jedes Hundert mehr 1 Sgr. in Ansatz kommt, die Erhebung durch Ausgabe von Stempelmarken erfolgt, und daß es wünschenswerth sei, daß diese Einrichtung auf den ganzen Zollverein ausgedehnt werden möge. Der Handelstag schließt sich diesem Antrage an.

[Aufruf der Wohlthätigkeit.] Der oft besprochene Notstand der Bewohner des Kreises Schlochan ist in der That äußerst traurig. Die Regierung ist damit beschäftigt, Maßregeln anzuordnen, um dem Nebel entgegenzutreten; dazwischen aber kaum im Stande sein, dasselbe ohne Mitwirkung des Wohlthätigkeitssinnes der Staatsbewohner zu bewältigen. Die Ursachen zu jenem Elende liegen in der durch große Dürre, Hitze, Hagelschlag, Nachtfröste und Heuschreckenfraß bedingten totalen Missernte des vorigen Jahres, nachdem schon einige schlechte Ernten vorhergegangen. Viele Grundbesitzer sind ohne Vieh und ohne Nahrung für sich. Die Besiglosen betteln halb nackt in den Nachbarkreisen umher. Wir machen wiederholt hierauf aufmerksam, um die öffentliche Wohlthätigkeit zu veranlassen, die Bemühungen der Regierung, dem Nebel zu steuern, durch milde Spenden zu unterstützen. (Auch die Expedition der "Posener Zeitung" ist gern erötig, Geldspenden zur Weiterförderung für die Notleidenden anzunehmen.)

Danzig, 27. Febr. [Marine.] Das hiesige Seebataillon hat gleich anderen Truppenteilen höhern Orts die Weisung erhalten, Neubeschaffungen an Armatur und Bekleidungsstücke bis auf Weiteres zu sistiren. Wie dasselbe Blatt meldet, hat die königliche Regierung der Maschinenbauaktiengesellschaft "Vulcan" in Bredow bei Stettin den Bau zweier Maschinen, und zwar für einen Dampfsbagger und für einen Raddampfer, übertragen. Derselben sollen schleinigst fertiggestellt werden, um bei Baggerserung des Kriegshafens bei Rügen Verwendung zu finden. (D. D.)

Hörster, 27. Febr. [Gnadengeisenk.] Ihre Maj. die Königin hat der evangelischen Erziehungsanstalt zum St. Petri-Gymnasium hierelbst ein Gnadengeisenk von 300 Thlr. zugehen lassen. Diese Anstalt wurde vor zehn Jahren für die Kinder der unter den Katholiken des Regierungsbezirks Minden zerstreut lebenden Evangelischen durch die Bemühungen des jetzigen Superintendenten Beckhaus gegründet. Sie erzieht jetzt 60 Kinder, welche sonst die katholischen Schulen ihres Wohnorts besuchen müssten.

Köln, 26. Febr. [Verhaftung.] Zu Dens wurde vorgestern ein auf der Köln-Mindener Eisenbahn fungirender königlicher Beamter wegen des dringenden Verdachtes, einen mit holländischen Banknoten im Betrage von 1600 Gulden beschwerten Brief entwendet zu haben, verhaftet. Dem Vernehmen nach ist der Verhaftete seines Vergehens bereits geständig. (K. J.)

Schloßau, 27. Febr. [Wohltätigkeit.] Ihre Maj. die Königin, welche dauernd anfehlende Unterstützungen im Schlossauer Kreise verabreichen läßt, hat auch in neuester Zeit, im Verein mit Sr. Maj. dem Könige, dem Landrath des Kreises 100 Thlr. zur Vertheilung überlandt. (Pr. 3.)

Destreich. Wien, 26. Februar. [Ein bedenklicher Nachbar.] Die Nachrichten aus Serbien lauten so ernst, daß man jeden Augenblick einem Ereigniß von Bedeutung entgegensehen kann. Man war schon lange auf die unverhältnismäßigen und durch kein sichtbares Moment gerechtfertigten Rüstungen der serbischen Regierung aufmerksam geworden; jene Regierung hat ihr Vorhandensein, wenigstens in solchem Umfange, allerdings beharrlich in Abrede gestellt, aber man ist hier in dieser Beziehung zu gut unterrichtet, um sich täuschen zu lassen. Man weiß namentlich nach neuesten Daten ganz zuverlässig, daß allein in der Festung Kragujevac nach und nach ein Geschützmaterial (Feldgeschütz) aufgehäuft ist, welches für eine viertal stärkere Armee, als Serbien sie zur Zeit unter den Fahnen hat, mehr als ausreichen würde. Fürst Misch ist nicht bloß sehr alt, er ist auch sehr schwach. Der Augenblick, wo er die Augen schließt, dürfte dazu ausreichen, einen Schlag zu führen, für den die „nationale“ Partei schon längst mit Ungeduld das Signal erwartet. (N. V. 3.)

— [Verhaftung; Karneval.] Aufsehen macht hier die vor einigen Tagen erfolgte Verhaftung des Feldmarschall-Lieutenant v. Egnatten. Derselbe war im letzten Kriege mit der Verproviantirung der Armee betraut. Im Verdachte, in die dabei vorgekommenen großen Unterschleife verwickelt zu sein, hat er sich, von einer Reise ins Ausland zurückgekehrt, selbst dem Kriegsgerichte gestellt. Es wurde ihm Anfangs gestattet, sich auf freiem Fuße zu vertheidigen; allein der Versuch des Protests scheint seine Verhaftung herbeigeführt zu haben. — Der eben beendigte Karneval hat sich beim Schlusse zu den lustigsten gestaltet, die je in der Residenz vor sich gingen, und ließ den Ernst der Zeiteignisse gar nicht spüren. Die letzte Faschingdienstag-Redoute ward von mehr als achttausend Menschen besucht; man konnte sich in den weitauslängen Räumen kaum bewegen.

Wien, 27. Febr. [Bedenkliche Zustände.] Allseitig erheben sich erste Zweifel und Bedenken über die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, die in Wahrheit kaumemand noch den Mut hat, als die geeignete zu betrachten, um das Staatschiff in das richtige Fahrwasser zu steuern. Nicht größere Zuwiderhandlung die inneren Zustände. Denn auch nicht eine entscheidende Lebensfrage hat noch ihre Lösung gefunden, und weder die organischen, noch die administrativen Einrichtungen sind bisher in Ausführung gebracht, die allein als die geeigneten betrachtet werden dürfen. Destreich der äußeren Isolierung zu entziehen, den Staatskredit wieder herzustellen und die Einheit der Monarchie zu wahren. Ein Ziel, das möglicherweise nur noch durch gemeinsame, die Regierungsgewalt beschränkende verfassungsmäßige Institutionen erreichbar geworden. Einstweilen scheinen aber derartige Maßregeln noch fern zu stehen. Wenigstens läßt das Vorgehen der Regierung in Ungarn, wo nach dem wieder abgebrochenen Unterhandlungen zur Ausgleichung der Protestantengesetzgebung, die Bestimmung wieder eine größere, wenn auch minder laut ausgesprochene, geworden, annehmen, daß sie vorerst zu keinerlei Konzessionen geneigt, und vielmehr entschieden ist, das bisherige System konsequent aufrecht erhalten. Die ungewöhnliche Strenge, mit welcher bei verschiedenen Ballen, und besonders gelegentlich von Tanzveranstigungen in der höhern Gesellschaft eingeschritten wurde, weisen mindestens dahin. Befonders aber lasten in diesem Augenblicke die Preßzustände wahrhaft erdrückend auf der öffentlichen Meinung. Diese sind nach gerade trostlos, wie sie es noch in keinem Zeitpunkte gewesen. Und die fortgesetzten Beschlagnahmen, Verwarnungen der Journale geben einen gehörigen Maßstab für die Willkür, mit welcher dabei verfahren wird. (Pr. 3.)

— [Kleine Notizen.] Einer am Stephansturm vorgenommenen Messung zufolge hat der untere Theil der Ausgangsspiramide, welcher im Jahre 1842 nicht abgetragen und auf dem die eiserne Spize aufgebaut wurde, eine Neigung von 6 Zoll in der Richtung gegen das Kirchendach. Vorstichtshaber wurde der Thurm, um ein weiteres Berklüft der Peile an jenem Theile wo möglich zu verhindern, mit drei eisernen Schleifen umgeben. — Nach den neuesten Ausweisen befinden sich in Wien 2995 Literaten und Künstler verschiedener Kategorien. (Was für „Kategorien“ mögen da wohl mit eingerechnet sein! D. Red.) — Ein Renegat, Sabit Bey, früher Baron Weglar, dessen Übertritt zum Islam seiner Zeit hier großes Aufsehen erregte, ist kürzlich in Konstantinopel als Major in der türkischen Garde gestorben.

— [Militärische Vorbereihungen.] Der „Süd.“ wird geschrieben: Es ist in Abrede gestellt worden, daß die österreichische Regierung umfassende militärische Vorbereihungen trifft, um Venetien unter allen Umständen zu behaupten. Dies geschah jedoch mit Unrecht, denn wenn es auch wahr ist, daß die in dem venetianischen Verwaltungsgebiet stationirten Truppen in letzterer Zeit nicht bedeutende Verstärkungen erhalten, so ist es andererseits nicht minder richtig, daß sowohl in Süd-Tirol als auch in Istrien und in Krain bedeutende Truppenkräfte konzentriert sind, welche fortwährend verstärkt werden und, im Falle es notwendig sein sollte, schnell in das Venetianische geworfen werden können. Wie stark die in den angrenzenden Ländern konzentrierten Truppen sind, erhellt am besten daraus, daß in vielen Bezirken Untertrains bereits Mangel an Lebensmitteln eingetreten ist. Letztere haben in Folge der Truppenkonzentrierungen eine ungeheure Vertheuerung erfahren, so daß man den Ausbruch einer allgemeinen Hungersnoth befürchtet. Der Bauer hat alle seine Vorräthe verkauft, verbraucht und sogar die Saatkartoffeln und die Saatkörner angegriffen.

— [Nahrungsnöth.] Der Winter 1859—1860 ist für einen namhaften Theil der Bevölkerung der Monarchie wahrhaft verhängnisvoll geworden. Im Kiesengebirge, in Kräutern, Slavonien und Istrien gebreit es an den unentbehrlichsten Nahrungsmitteln, und Laiusende sind genötigt, an die öffentlichen und privaten Wohltätigkeit zu appelliren. Angeredet erstreckt sich die Nahrungsnöth noch über Krain und über das „fruchtbare“ Banat. Eine amtliche Kundmachung schildert die Noth daselbst in erschütternder Weise so: „Durch die im vorigen Jahre stattgefundenen Überschwemmungen und durch sonstige Elementar-Einwirkungen wurden in einem großen Theile des Banates die Saaten vernichtet und die Grundbesitzer ihrer gehofften Ernte gänzlich beraubt. Von die-

sem Unglücke wurden viele Gemeinden in der Art betroffen, daß denselben weder der erforderliche Samen zum Winteranbau, noch die zur Nahrung nötige Frucht verblieben ist. Obwohl die Staatsverwaltung bedeutende Vorschüsse zum Ankaufe der Winterfrüchte so wie der Nahrungsfüchte vertheilt hat, so ist doch der Nothstand in den betreffenden Gemeinden auf eine so bedauerliche Höhe gestiegen, daß das Areal die Unterstüzung einer so großen Zahl hilfsbedürftiger Familien nicht allein auf sich nehmen kann. Es wird daher der oft bewährte Wohltätigkeitsinn der Bewohner des Kronlandes angerufen, und um milde Beiträge in Naturalien oder Geld zur Linderung des Nothstandes der verunglückten Familien, welche bereits ihr entbehrlisches Vieh verkauft haben und in der gegenwärtigen Jahreszeit keinen Arbeitsverdienst finden, daher bloß auf fremde Hülfe angewiesen sind, angelegtlichst eracht.“

Pesth, 24. Februar. [Empfang der protestantischen Deputation; Theuerung.] Sehr bezeichnend ist der mehr als herzhliche und glänzende Empfang, welcher in Debreczin, der eigentlichen Hauptstadt des Magyarsimus und des Calvinismus; den heimgekehrten Mitgliedern der großen Wiener Deputation zu Theil geworden. Am Bahnhofe von einer unabsehbaren Menschenmenge mit den stürmischsten Eljenrufen empfangen, wurden der Superintendent Balogh und der Pastor Revesz (die zwei Deputirten des Districtes) in den Galawagen der Stadt gelegt und unter einem Geleite von mehr als 70 Equipagen, in deren ersten sich die Mitglieder der Superintendenz und des Professorenkollegiums befanden, nach dem Casino gebracht, wo ihrer ein festliches Bankett wartete. Den eigentlichen Schlus des Festtages, an dem die ganze Bevölkerung Theil nahm, bildeten die Serenaden mit Fackelzug, welche Bürgerschaft und studirende Jugend den heimgekehrten Deputirten brachten. Zweck der ganzen Demonstration war, einander Muth zum Ausdarren zuzusprechen. — Aus Kroatiens laufen betrübende Nachrichten über die Lage der unteren und selbst der mittleren Klassen ein. — Hier und in anderen großen Städten klagen die mittleren und unteren Klassen ganz besonders über die ungeheure und steigende Theuerung der Miete. Von 1848 zu 1858 war dieselbe ohnehin schon um vielleicht 100 Proz. gestiegen, was jedoch mit einer allgemeinen europäischen Erscheinung zusammenhangt. Seit einem Jahre ist dazu eine neue Vertheuerung von 60—80 Proz. getreten, die um so drückender empfunden wird, als sie sich sehr rasch vollzogen, als sie noch immer im Fortschreiten ist und als sie mit einer Zeit allgemeiner Erwerbslosigkeit zusammenfällt. Der Grund dieser enormen und raschen Vertheuerung ist ein zweifacher: die bedeutende Erhöhung, welche die Grund- und Häusersteuer seit dem Kriege erlitten und an deren Abschaffung man in Wien nicht denkt; die zunehmende Entwertung des Geldes, indem das Agio im Großverkehr schon wieder auf 30—35 Proz. empor geschnellt, im Kleinverkehr aber noch viel ärger ist. (R. 3.)

Benedig, 23. Februar. [Personalveränderungen.] Der „Presse“ wird geschrieben: Es scheint, daß der neu ernannte Statthalter Benetts, Ritter von Toggenburg, nicht nur den festen Willen hat, mit aller Energie jene Maßregeln zu ergreifen, welche zur Wiederherstellung des normalen Zustandes in diesem Kronlande erforderlich sind und mit den Mitteln, zu diesem Zwecke zu gelangen, in Verbindung stehen, sondern derselbe scheint auch zu diesem Behufe mit ausgedehnten Bollmachten ausgerüstet zu sein. Gestern nämlich hat er den hiesigen Provinzialdelegaten, dessen korrekte politische Gesinnung nicht über jeden Zweifel erhaben war, seines Amtes enthoben, und den Hofrat der hiesigen Statthalterei, Ritter v. Piombazzi, mit der Leitung der Delegation Benedigs bestellt. Der frühere Delegat, Graf Balmarona, war früher Chef des Cabinets des Erzherzogs Ferdinand Max und wurde bei Auflösung des Generalgouvernements zum Delegaten von Benedig ernannt, welchem Posten er bis zu seiner gestern erfolgten Enthebung vorstand. Ferner hat der Statthalter eine Änderung in der Eintheilung des Geschäftsganges bei der Statthalterei vorgenommen, und es sollen dort auch wichtige Personalveränderungen bevorstehen. In einigen Tagen soll der Statthalter eine Bereisung sämmtlicher ihm unterstehenden Provinzen antreten.

Bayern. München, 26. Februar. [Geheimrath v. Thiersch.] Gestern Nachmittag verschied hier selbst der Geheimrath v. Thiersch, Vorstand der Akademie der Wissenschaften bis vor wenigen Monaten, wo er auf sein Ansuchen von diesem, so wie von seinen übrigen Aemtern enthoben wurde. Geboren war derselbe am 17. Juni 1784 zu Kirchsheidungen in Thüringen.

Baden. Karlsruhe, 26. Februar. [Kirchliches.] Auf unserm kirchlichen Gebiete stellen sich ominöse Zeichen ein. Einem nachahmenswerten Beispiel in anderen protestantischen Landen folgend, wünschte unsere evangelische Ober-Kirchenbehörde am 19. April d. J. den 300jährigen Todestag Melanchthon's in Kirche und Schule feierlich zu begehen. Ersteres hat die Regierung gestattet, dagegen nicht passend gefunden, daß ein Erinnerungsfest an den „praceptor Germaniae“ in den badischen Lehranstalten gefeiert werde. (Weshalb? das ist wohl nicht schwer zu errathen. D. Red.)

Frankfurt a. M., 26. Februar. [Die Revision der Bundeskriegsverfassung.] Der Bundesbeschuß vom 23. d. daß die Revision der Bundeskriegsverfassung auch die „allgemeinen Umrisse“ derselben umfassen solle, hat leider die Differenzen der Anfichten über diese Revisionsangelegenheit nicht zu heben vermocht, und man muß erstaunen über die Gewandtheit, mit der neue Schwierigkeiten der raschen Erledigung der Revision in den Weg gelegt werden. Bekanntlich hatte der preußische Bevollmächtigte sich für den Antrag des Militärausschusses, aber gegen dessen Motivierung ausgesprochen. Der Grund hieron lag in dem Umstande, daß die Motive die Verhandlungen der Militärikommission so darstellen, als ob Preußen dort durch sein Verlangen der Revision der gesamten Kriegsverfassung einen ganz neuen Antrag eingebracht habe, über dessen Zulässigkeit die Versammlung erst entscheiden müsse. Weil nun die Entwicklung der preußischen Auffassung über einen bestimmten, zur Begutachtung überwiesenen Gegenstand als ein neuer Antrag in den Motiven bezeichnet wurde, so war die Folge, daß die Militärikommission ihrerseits einen neuen Auftrag durch den Bund erhalten zu haben behauptet, und statt des preußischen Militärbewollmächtigten einen anderen Referenten zu ernennen willens ist. Nachdem also der Versuch, die Revision der Kriegsverfassung zu beschränken, vergeblich gewesen ist, soll das Referat wenigstens nicht von dem Bevollmächtigten erstattet werden, welcher die preußischen Anträge rechtfertigen würde. Die preußische

Regierung muß aus diesem Vorgange die Überzeugung gewinnen daß die Würzburger Regierungen aus Rücksicht auf die Deßentlichkeit zwar die Gesamtrevision zugelassen haben, bei der Behandlung derselben der preußischen Ansicht aber die möglichst geringste Einwirkung gestatten wollen. In den hiesigen diplomatischen Kreisen betrachtet man diesen Vorgang deshalb mit Besorgniß, weil dabei die Revision der Kriegsverfassung ohne Resultat bleiben müßte. (Sp. 3.)

Frankfurt. 27. Februar. [Bestellungen für Frankreich.] Dem „Schw. M.“ wird mitgetheilt, daß in voriger Woche von Seiten eines bedeutenden Frankfurter Lieferanten bei den Göppinger Schuhmachern angefragt wurde, ob sie im Stande wären, in der nächsten Zeit für das französische Militär 500 Paar Schuhe monatlich zu fertigen gegen eine Bezahlung von 4 fl. 30 Kr. für das Paar. Die mitgetheilten Musterchuhe werden als zu denselben ledener Gamashen getragen.

Hessen. Mainz, 26. Februar. [Für den Papst.] Dem „Mainz. Journ.“ ist eine „feierliche und gemeinsame“ Erklärung und Protestation des gesamten katholischen Episkopates von Belgien, Deutschland, England, Holland, Irland, Ostreich, Schottland und der Schweiz für das Recht des Papstes und das europäische Völkerrecht zugekommen.

Kassel. 27. Februar. [Vom Landtage.] In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wurde der Bericht des Herrn Herrlein für den Verfassungsausschuß über den Antrag des Hrn. Stegler in der Verfassungsangelegenheit, welcher auf dessen Annahme anträgt, berathen. Der Landtagskommissar und Herr Reinecke sprachen sich gegen den Antrag aus, welchen die Herren Herrlein, Siegler, Löber u. A. vertheidigen, und welcher schließlich mit großer Majorität (30 gegen 9) angenommen wurde. Auch der Antrag an die Staatsregierung in Betreff des Baues der Bebra-Fulda-Rhön-Bahn wurde einstimmig angenommen. (Kass. 3.)

Rauheim. 26. Februar. [Spielbank.] Die hiesige Spielbank ist nach vielen Bemühungen nun gegründet. (!) Der Director ist ein früherer Employé der Spielbank in Wiesbaden, Namens Reiz. Es lautet die Konzession auf diesen letzteren und den

Mecklenburg. Schwerin, 27. Februar. [Mecklenburgischer Protestantismus.] Als Pendant zu dem eigenthümlichen Protestantismus des mecklenburgischen Adels (s. gestr. Ztg.) bringen wir folgende Thatache in Erinnerung. Die englische Bibelgesellschaft hielt in unserem Lande wie anderswo einen Kolporteur. Der mecklenburgische Kolporteur B. hatte für sein Geschäft ein nicht gewöhnliches Geschick, er fand namentlich bei den niedrigen Volksklassen guten Eingang und war so im Anspruch genommen, daß er nicht einmal allen Anforderungen gerecht werden konnte. Plötzlich wird ihm die Kolportage verboten. Er reist nach Schwerin, um nach dem Grunde dieses Verbotes zu fragen. Ungeachtet seiner Bemühungen bei verschiedenen Stellen wird ihm jede Auskunft streng verweigert. Darauf begibt sich der in Köln wohnende Agent der Bibelgesellschaft nach Schwerin, um den Grund des auffallenden Verbotes zu erfahren. Auch dieser erfährt nicht mehr als der Kolporteur. Ungefähr gleichzeitig sandte die englische Bibelgesellschaft ein Geschenk von 400 schönen Bibeln an die großherzogliche Regierung mit dem Wunsche, diese Bibeln an Krankenhäuser, Arbeitshäuser und Gefängnisse vertheilen zu lassen. Nach Verlauf von einiger Zeit schreibt das Hof-Marschallamt an den Pastor Reunke in Dargun, der mit der Londoner Bibelgesellschaft in Geschäftsverbindung steht, er möchte die 400 Bibeln abholen lassen, denn die großherzogliche Regierung könne das Geschenk nicht annehmen. (Pr. 3.)

Raßau. Wiesbaden, 26. Februar. [Bundesreform.] In der gestrigen Sitzung der Ersten Kammer der Ständeversammlung wurde ein die deutsche Frage betreffender Antrag des Abgeordneten Dr. Lang von dem Präsidium, dem Prinzen Nikolaus, als in die Ständeversammlung nicht gehörig erklärt und dessen Zulassung abgelehnt, auch einem von dem Antragsteller eingelegten Appell an die Versammlung nicht stattgegeben. Nach langer erfolgloser Diskussion über dieses Verfahren legte der Antragsteller mit Vorbehalt der Abstimmung über seinen Antrag seine Anfichten über Bundesreform in einer längern Ausführung nieder, aus welcher indessen der Regierungskommissär Veranlassung nahm, gegen die Befugnis solcher Kritik von Bundeseinrichtungen Verwahrung einzulegen. (S. P. 3.)

Schwarzburg. Sonderhausen, 27. Februar. [Bundeskriegsverfassung.] Wie der hier erscheinende „Deutsche“ meldet, hat die hiesige Regierung denfürstlichen Bundestagsgefandten angewiesen, in der Angelegenheit, betreffend den Antrag Preußens auf Abänderung auch der organischen Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung unbedingt mit Preußen zu gehen.

Großbritannien und Irland.

London. 25. Februar. [Englands Politik in der italienischen Frage.] Man braucht nicht eben ein österreichischer Parteidräger oder ein verkappter Papist zu sein, um die Politik Russells-Palmerston in der italienischen Frage als eine Kränkung des europäischen Rechts und des englischen Namens zu betrachten. In Wahrheit sehen so die Dinge alle die an, die überhaupt die Unabhängigkeit haben, von konfessionellen Voraussetzungen und von politischen Antipathien abzusehen und politische Angelegenheiten so zu beurtheilen, wie sie selbst sich darstellen. Der dankenswerthe Parlamentsbrauch, alle Altenstücke zu veröffentlichen, erleichtert ein unbefangenes Urtheil nicht wenig, ihm verdankt man es, daß man die Aussagen der Parteien in diesem Prozeß authentisch schwarz aufweist vor sich hat. Der erbitterteste Gegner der Russell-Palmerstonischen Politik würde sich vergebens bemühen, eine überzeugendere Anklage gegen diese Minister zusammenzubringen, als diese selbst in ihren eigenen Veröffentlichungen sie aufgestellt haben. Wer noch nicht klar sieht, daß Russell's Staatskunst in nichts Anderem bestanden hat, als England immer tiefer in die Sphäre der französischen Eigenschaft hineinzuführen, und sich durch die schwächlichsten Ausflüchte, durch die flächigste Unselbständigkeit in dieser Rolle zu behaupten, dem geht entweder die Fähigkeit oder der rodlche Wille zu einem parteilosen Urtheil ab. Es gibt keinen Engländer, der dies nicht empfindet und nicht Biele, die es nicht aussprechen.

endlich das Urtheil des Parlaments so ausfallen wird, wie das der Mehrzahl seiner Mitglieder, wenn sie sich vertraulich aussprechen, muß nach den Traditionen der Parteipolitik dieses Landes allerdings bezweifelt werden; diese Politik kennt ungefälschte Urtheile schon längst nicht mehr, und nie ist eine richtigere, nie eine für England mehr beschämende, für seine Freunde auf dem Kontinent lehrreiche Wahrheit ausgesprochen worden, als wenn Graf Rechberg dem Lord Loftus sagt: man gewinne immermehr die Überzeugung, daß England ein anderes Staatsrecht für sich und ein anderes für die Staaten des Kontinents in Anwendung bringe, daß es Grundsätze für Mittelitalien aufstelle, die es auf den ionischen Inseln nicht gelten lasse und in Indien mit Feuer und Schwert bekämpfe. Wen erinnert das nicht an den Professor der ambiguo-moral, den die Pariser Studenten so weidlich auspochten, weil er seinen Zuhörern plausibel zu machen suchte, der Kaiser habe nach anderen Sittlichkeit-Prinzipien zu verfahren als jeder andere Franzose, und was bei uns Uebrigen Eidbruch heiße, sei bei ihm Rettung der Gesellschaft. Wenn Herr Nissard von seinen Zuhörern den Lohn dieser Schamlosigkeit empfing, welchen Lohn verdiennten Minister, die die Stirn haben, sich in den internationalen Angelegenheiten zu gleichen Theorien zu bekennen? Von den Journals zu fordern, daß sie das Verhalten des Ministeriums, so wie sie es erkennen, charakterisiren, hieße zu viel fordern; und was sie beschönigen können, beschönigen sie, und was zu beschönigen nicht möglich ist, das verschweigen sie. Selbst über Napoleons Politik haben sie das geistige Urtheil. Kommt doch der „Economist“, nach dem er klarlich dargelegt hat, wie Napoleon nichts Anderes will, als den eben geschlossenen Vertrag zu brechen, zu seinem anderen Resultat, als zu dem Auspruch, es sei evident, daß die französische Politik von Anfang an darauf gerichtet gewesen sei, die Restauration Italiens zu befördern, und daß sie nur widerstrebt dem Druck der Ereignisse Schritt vor Schritt gewichen sei. (B.H.3.)

— [Petitionen an das Unterhaus.] Unter den zahlreichen Petitionen, die dem Unterhause vorliegen, befinden sich 16 mit 5312 Unterschriften für eine Parlamentsreform, 6 mit 482 Unterschriften gegen Eröffnung des British Museum an Sonntagen, 14 mit 864 Unterschriften gegen eine Revision der hochkirchlichen Liturgie, 38 mit 2511 Unterschriften gegen, und 62 mit 3445 Unterschriften für die Legalisierung von Ehen mit Schwägerinnen, 16 mit 1866 Unterschriften für die Abschaffung der Papiersteuer, 26 mit 7141 Unterschriften für Aufrechterhaltung der strengen Sonntagsfeier, 34 mit 13,251 Unterschriften zur Entfernung religiöser Beichtwerden katholischer Soldaten und Matrosen, und 39 mit 18,389 Unterschriften zu Gunsten eines getrennten Erziehungssystems für Katholiken und Protestanten.

London, 26. Febr. [Die Friedensbedingungen Spaniens.] Ueber die von Spanien an Marocco gerichteten Forderungen äußert „Morning Chronicle“: „Die Mauren können, sie müßten denn ihrem fanatischen Glauben untreu werden, auf solche Vorschläge nicht eingehen, und wenn auch „hungrige Hunde schmutzigen Pudding“ fressen, so scheint es doch noch nicht so weit mit ihnen gekommen zu sein. Sollte die lezte Bedingung (Zulassung eines spanischen diplomatischen Agenten und Errichtung einer katholischen Mission in Fez) angenommen werden, so kann die mohammedanische Verbösterung dem Frieden bedeckt sagen. Was jedoch das Behalten von Tetuan betrifft, so hat die englische Regierung jedenfalls bei dem Handel ein Wort mitzureden. Es ist schlechterdings mit der Sicherheit Gibraltars unverträglich, wenn sich auf der andern Seite der Meerenge eine Festung als Nebenbuhlerin erhebt, und ein Krieg mit Spanien würde in England populär sein, wenn jenes Land auf dem Besitz von Tetuan besteht. Ein solcher dauernder Besitz würde in Wahrheit eine fortwährende Drohung sein.“

Portsmouth, 23. Febr. [Die Expedition nach Ostasien.] Gestern Morgen 10 Uhr langte mit dem Bahnhofszug von Southampton der Chef des preußischen Geschwaders, Kapitän zur See Sundewall, in Begleitung seines Flagglieutenants, Lieutenant zur See II. Klasse, Freiherr v. Schleinitz, und des Geschwaderintendanten, Marine-Intendanturassessor Sachse hier an, um die „Thetis“ und „Frauenlob“ zu inspizieren, zu welchem Zweck bereits seit 9 Uhr ein Boot am hiesigen Ufer klar lag, um die Herren zuvörderst an Bord der „Thetis“ zu bringen. Auf der „Thetis“ inspizierte der Geschwaderchef Mannschaft und Schiff, dann wurde mit Segel exerziert, Klar Schiff klar zum Gesicht, oder Generalmarsch) und Feuerlarm geschlagen, welche sämtliche Exerzierungen bis nach 2 Uhr dauerten und den Herrn Chef besonders zufriedenstellten. Nach Beendigung derselben wurde beim Kommandanten der „Thetis“ ein Diner eingenommen. Gegen 1/25 Uhr wurde die Mannschaft aufgepufft und gab Kapitän Sundewall dem Kommandanten, den Offizieren und der Mannschaft seinen Beifall über die Haltung und die guten, präzisen Exerzierungen zu erkennen, berührte auch, daß er erst später mit der „Thetis“ wieder zusammenkommen würde. Bald darauf verließ derselbe die „Thetis“, um sich nach dem „Frauenlob“ zu begeben und kehrte um 6 Uhr wieder zurück. „Thetis“ und „Frauenlob“ sind seefarar und warten bloß auf das Eintreffen des Legationssekretär Pieschel von Berlin, wohin derselbe sich vor einer Zeit begeben, um dann unverzüglich in See zu stechen. Teneriffa ist der erste Ankerplatz; ein längerer Aufenthalt wird da nicht genommen; vielleicht 3—4 Tage. (Schl. 3.)

Frankreich.

Paris, 26. Febr. [Stellung der Mächte zur italienischen Frage.] Der Antrag, welchen dem Vernehmen nach Herr Kinglake im britischen Parlament stellen wird, das Unterhaus möge entweder durch eine Adresse an die Königin, oder auf irgend einem andern gesetzlichen Wege erklären, daß, da die gegenwärtigen Grenzen Frankreichs durch Konventionen zwischen allen europäischen Mächten geregelt seien, sie nur durch andere Konventionen, welche von denselben Mächten unterzeichnet werden, abgeändert werden können; die Erhütterung, welche durch die Annahme dieses Antrages die französisch-englische Allianz erleiden würde, die Säigkeit, mit welcher andererseits Destrach an den Bestimmungen des Friedens von Zürich festhält und die Haltung Russlands und Preußens, welche beiden Mächte nicht geneigt sind, bei der Lösung der italienischen Frage auf den Standpunkt des englischen Ministeriums sich zu begeben, vielmehr den Theorien der Volksouveränität und der Selbstbestimmung des Volkes gegenüber auch die Rechte der Fürsten und Dynastien zur Geltung zu bringen: alle diese Umstände legen dem französischen Kabinett in seiner italienischen Politik eine

große Vorsicht und Zurückhaltung auf, damit es nicht in die Gefahr der Isolierung gerathe. Die Authentizität der Nachricht des „Morning Chronicle“, welches als Organ der französischen Gesandtschaft in London gilt, daß Russland einen Vertrag mit Destrach abgeschlossen habe, vermöge dessen es ihm alle seine Besitzungen mit Einfluß von Ungarn und Venetien garantire, muß zwar dahingestellt bleiben: so viel scheint aber gewiß zu sein, daß Russland in der Auffassung der italienischen Lage von England und Frankreich sich trennt und Destrach sich nähert. Unter diesen Umständen hat, wie man vernimmt, das französische Kabinett dem sardinischen durch einen nach Mailand gesendeten Agenten, folgende Lösung der italienischen Frage vorgeschlagen: 1) Das Projekt der Annexion Toscana's an Piemont fällt vollständig; die Bevölkerung des Großherzogthums wird zur Erwähnung eines Souveräns berufen, und der Wahl des jungen Herzogs von Genua, des Neffen Victor Emanuel's, würde man zu stimmen. 2) Die Herzogthümer Parma und Modena könnten Piemont einverleibt werden, wenn die dortigen Bevölkerungen bestimmen. 3) Die Frage wegen der Romagna bleibt möglicherweise einer Konferenz der Mächte vorbehalten, ohne daß man jedoch die Idee, aus ihr einen besondern Staat unter päpstlicher Souveränität zu bilden, der aber zu Piemont oder zu Toscana zu schlagen wäre, aufgibt. Piemont würde aufgefordert werden, diesen Vorschlägen beizutreten, während Frankreich seine Truppen aus Italien zurückziehen und damit Piemont den ungewissen Aussichten auf einen neuen Krieg mit Destrach überlassen würde. Ob dieser Vorschlag Frankreichs ein sehr dringlicher, ob er das lezte Wort ist, welches Frankreich in der italienischen Frage spricht, muß abgewartet werden. Jedensfalls hat das französische Kabinett, wenn wir zu erwarten, Piemont diesen Vorschlag mit Entschiedenheit zurückweist, die wohl nicht unwillkommene Veranlassung, die Annexion Savoyens an Frankreich wieder zur Sprache zu bringen. Auf diese Annexion kommt die offiziöse französische Presse fortlaufend zurück. Sie bemüht sich nachzuweisen, daß eine Gebietserweiterung Frankreichs von Napoleon III. seit seiner Thronbesteigung niemals beabsichtigt worden sei, daß auch die Annexion Savoyens niemals a priori von dem Kaiser erstrebt worden, sondern lediglich die nothwendige Konsequenz derjenigen Ereignisse sei, die nach dem italienischen Kriege unabhängig von dem Willen des Kaisers in Italien eingetreten seien und einem Nachbarstaat eine ganz neue Gestaltung geben, mit welcher Behauptung freilich in entschiedenem Widerspruch steht, was mit so großer Bestimmtheit versichert worden ist, daß bereits vor dem italienischen Kriege ein geheimer Vertrag zwischen Frankreich und Piemont abgeschlossen worden ist, durch welchen letzteres, falls ihm Venetien zufällt, zur Abteilung Savoyens sich verpflichtet. Die offiziöse französische Presse verlangt sogar das ganze Savoyen für Frankreich und will der Schweiz keineswegs das Chablais und Faucigny zugestehen. Dieser Presse schließt sich auch das „Journal des Débats“ an und behauptet, daß die Neutralisation des Chablais und Faucigny lediglich auf Ansuchen und im Interesse Sardiniens, keineswegs aber im Interesse der Schweiz erfolgt sei, so daß, wenn Savoyen durch den König von Sardinien an Frankreich abgetreten werde, die Schweiz kein Recht habe, zu intervenieren, um eine fortan grundlose Neutralität aufrecht zu erhalten oder um irgend einen Theil des savoyischen Grundgebietes sich selbst zuweisen zu lassen. (Pr. 3.)

— [Tagesbericht.] Der „Moniteur“ zeigt heute, wie schon telegraphisch gemeldet, an, daß der Kaiser am Donnerstag den 1. März um 1 Uhr, im großen Saale des Louvre die legislative Session von 1860 persönlich eröffnen und sich den Schwur der noch nicht vereideten Mitglieder des Senats und des gesetzgebenden Körpers leisten lassen wird. — Dem spanischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat der Kaiser den Großordnen der Ehrenlegion verliehen. — Die Eisenbahn von Paris über Pontevo und Gisors nach Dieppe soll in diesem Jahre von den Gesellschaften der Nord- und der Westbahn, welche dazu 1,800,000 Fr. aufbringen, zwischen Argenteuil und Ermont in Angriff genommen werden. — Die Stadt Orleans hat, um das Haus der Diana von Poitiers anzukaufen, vom Staat eine Beihilfe von 5000 Fr. erhalten. — Die Handelskammer von Nantes hat auf ihre Bitte, daß der Weinessig auch der Zollermäßigung, wie sie Wein und Spirituosen erfahren, theilhaftig werden, einen günstigen Bescheid erhalten. — Alle Schraubendampfer sollen von jetzt an mit Lauchapparaten, sogenannten Scaphandres, versehen werden. — Gestern ist der dritte Band von Napoleons I. Korrespondenz ausgegeben worden; derselbe enthält viele Dokumente, deren man sich für und gegen die heutige Politik Frankreichs wird bedienen können. — Heute fand in den Tuilerien der feierliche Empfang Besik Efendi's, des neuen türkischen Botschafters statt. Drei Hofwagen holten ihn und sein Gefolge aus seinem Hotel. — Der Nuntius erzählte gestern beim Seinepräfekten, daß die Verhandlungen zwischen Frankreich und dem h. Stuhle fortlaufend. — Über die Direktion der Expedition von China scheint man zwischen England und Frankreich noch zu keiner endgültigen Verständigung gelangt zu sein. — Der Kaiser läßt 30 neue Kanonenboote (aus Eisen) anfertigen für den Lokal-dienst in den Kolonien am Senegal und in jenen der Antillen. — Msgr. Dupanloup hatte gestern eine lange Konferenz mit dem Justizminister Delangle. — Der Karneval ist dem amtlichen Berichte zufolge in ganz Frankreich ebenso wie in Paris dies Jahr stiller verlaufen als in den früheren Jahren.

— [Beziehungen zu Rom und Destrach.] Es geht seit einigen Tagen eine Strömung durch einen Theil der hiesigen Presse, welche zu der Deutung Anlaß gibt, eine Aussöhnung mit Rom und Destrach stehe nahe bevor. Wir glauben jedoch dabei beharrten zu dürfen, daß diese angebliche Wendung auf bloßer Täuschung beruht. Rom gibt nicht nach oder doch nur unter Bedingungen, die nicht zu erfüllen sind. Destrach acceptirt die Nicht-einmischung in Venetig, dessen Zustand dem Grafen Rechberg zufolge ein überaus glücklicher ist: dagegen verwahrt sich das Wiener Kabinett gegen die Annexion Mittelitaliens. Wie kann man da ernstlich an Verständigung glauben. Etwa weil Destrach sich entgegenkommend in Bezug auf die Abtretung Savoyens an Frankreich zeigt? Dafür wird man dieser Macht doch schwerlich dankbar sein, daß sie auf Kosten ihres Feindes Piemont in etwas einwilligt, was zu verhindern sie ohnehin außer Stande ist. Auch wolle man nicht vergessen, daß das vorgestrige Votum im Parlament das Bündnis mit England fest genug gefüllt hat, um einstweilen die Freundschaft Destrachs, wenn nicht gefährlich oder kompromitti-

rend, doch jedenfalls entbehrlieblich erscheinen zu lassen. Man wird deshalb auch die anscheinend für Destrach so freundlichen Artikel hiesiger Blätter lediglich als Anstandscomplimente zu betrachten haben, die in der Übergangsperiode nützlich waren, wo man die Wendung der Dinge in England noch nicht mit Gewissheit vorauszusagen im Stande war. In einigen Tagen wird sich die Sache vielleicht ganz anders stellen. (N. 3.)

— [Die italienische Frage.] wird, wie die neueste Parodie der Salons lautet, an der Theorie gelöst. Die Majorität vor 116, die nach dem Telegraphen das Ministerium bei der letzten Abstimmung für sich hatte, hat den Bestand des Cabinets gesichert und damit der Annexionspolitik allerdings neue Chancen eröffnet. Dieses Ministerium ist identisch mit der Einverleibung Mittelitaliens und der Befestigung der französischen Allianz. Es begreift sich, daß bei einer solchen Auffassung die Frage, ob die Republik, die Russland vorgeschlagen haben soll, zu Stande kommen könne, an Bedeutung verliert. Der Vorschlag war ohnehin nicht eigentlich als solcher gemacht; er besteht im Grunde nur als eine beiläufige Andeutung des Fürsten Gorshakoff, wie nach seiner Meinung die italienischen Angelegenheiten in einer den berechtigten Wünschen der Völker befriedigenden Weise gelöst werden könnten, ohne dem Prinzip der Legitimität in dem Maße wie durch die allgemeine Abstimmung Eintrag zu thun. Die Konferenz ist nicht sowohl ein Vorschlag Russlands als ein Motiv zur Ablehnung der Palmerston-Russell'schen Propositionen. Nur in diesem negativen Sinne läßt sich sagen, daß auch Preußen sich für eine Konferenz ausgesprochen habe. (W.H.3.)

Italien.

Turin, 24. Februar. [Die klerikale Agitation], welche von Rom aus geleitet wird, nimmt täglich eine fühlere und offene Haltung, ohne jedoch auf die öffentliche Meinung eine besondere Wirkung zu äußern, an. Gerade in diesen Tagen, wo das Volk von Mailand im größten Jubel den König begrüßt und zeigt, daß ihm die nationale Christen, die in Victor Emanuel verkörperte Unabhängigkeit über Alles geht, nimmt der erzbischöfliche Bischof, Msgr. Caccia Gelegenheit, in dem zu dieser Zeit gewöhnlichen Fastenmahl eine Lanz gegen die nationale Bewegung zu brechen. Msgr. Caccia Domittoni, Bischof in partibus und Generalvikar der vatikanischen Erzdiözese Mailand galt von jeher für einen eifriger Anhänger Destrachs und des Konkordats. Nach der Schlacht von Magenta und noch mehr nach jener von Solferino gab er sich aber den Anschein, die nationale Bewegung als eine glückliche neue Ära zu begrüßen. Man freute sich darüber, weil man hoffte, daß der nationale Aufschwung für die nächste Zeit durch keine klerikalen Missgeschäfte getrübt werden würde, und fragte wenig danach, ob jene politische Befehlung eine aufrichtige war. Um so weniger glaubte man sich damit beschäftigen zu müssen, als man wußte, daß die große Mehrzahl des lombardischen Klerus aufgeklärt, liberal und national gefinnt ist. Msgr. Caccia und seine unmittelbare geistliche Umgebung erhielten sogar von der neuen Regierung Auszeichnungen und Beweise des Vertrauens. Dies scheint aber nicht genug gewesen zu sein, und nach Art der klerikalen Partei, die sich niemals mit den Errungenen begnügt, sondern dieses nur zum Ausgangspunkt neuer Forderungen und Eingriffe in das politische und soziale Leben ansieht, hat Msgr. Caccia in dem für das Fastenmahl bekannt gemachten Hirtenbrief für gut befunden, die neue Ordnung zu verunglimpfen und vorzüglich gegen die Freiheit der Presse loszuziehen. Es wird darin gesagt, daß man die Hoffnung hatte, die neue Freiheit würde der Kirche und der Religion zu Gute kommen; man habe sich aber nach und nach überzeugen müssen, daß dies nicht der Fall sei, und die Schuld davon wird besonders der Pressefreiheit aufgeburdet. Letzter Zweck des Hirtenbriefes ist aber augenscheinlich die Vertheidigung der weltlichen Herrschaft des Papstes. Indessen kümmern sich die Mailänder nur sehr wenig um die politischen Därbüren des Vikars und selbst die meisten Pfarrer, denen die Ablesung des Altenstücks von der Kanzel befohlen war, thaten dies gar nicht oder lasen es auf eine Art ab, daß wohl Niemand verstehen konnte, um was es sich handelte. Es scheint jedoch die klerikale Partei selbst einzusehen, daß sie mit solchen Kundgebungen nur wenig vorwärts kommt, und sie verlegt sich auf wirksamere Mittel. Sie zettelt daher unter Anderem auch Berchwörungen an, und während sie die Kabinette, in denen sie Einfluss zu haben glaubt, zu einer Koalition gegen Frankreich aufmuntert, erfährt man von Wühlerien in niederen Kreisen. Einige junge Leute, durch große Versprechungen verlockt, hatten sich in die pädagogischen Fremdenregimenter anwerben lassen, als sie aber dort antafamen, fanden sie sich in ihren Erwartungen getäuscht, desertirten und kamen wieder nach Mailand zurück, wo sie den Behörden Entführungen machten, deren Inhalt bis jetzt nicht näher bekannt ist, die aber zu einigen Verhaftungen Anlaß gaben. Auch die der franz. Gesandtschaft zu Neapel angezeigte Verschwörung gegen den Kaiser Napoleon (2), welche von den dortigen Regierung insgeheim befördert sein soll, ist ein Beweis der wühlerischen Thätigkeit der klerikalen Partei. (N. 3.)

Florenz, 19. Febr. [Wahlbewegung; Ricafoli.] Unter den Aufzügen der Union Libera, deren Präsident Boncompagni ist, und des florentinischen Zentralkomites haben sich in fast sämtlichen Kommunen Toscana's liberale Wahlkomitee gebildet. Die Freunde des Hauses Lothringen, welche numerisch nicht unterschätzt werden dürfen, und die Partei Mazzini's röhren sich ebenfalls. Für die Thätigkeit geheimer Agenten sollen vielfache Anzeichen vorhanden sein. Guerazzi, der toscane Diktator aus dem Jahre 1848 und der entschiedene Gegner, wo nicht Feind, Ricafoli's, tritt in der Turiner „Opinione“ für das allgemeine Stimmrecht auf. Das hier zur Anwendung kommende Wahlgesetz ist das piemontesische, das aber auf Grund der verschiedenen Municipaleinrichtungen für Toscana in seinen Hauptbestimmungen einer Modifikation und ausdrücklichen Auslegung bedürftig. Der Zensus ist 40 Franken Steuer. Ricafoli hat nur ungern dem Verlangen der Westmächte nach einer zweiten Wahl nachgegeben und bestellt darauf, die alte Kammer einzuberufen, damit sie sich selbst auflöse. Die Liberalen halten sich ihres kommenden Sieges für gewiß, und dennoch fürchten sie, mehr noch als die Möglichkeit einer Koalition der feindlichen Parteien, die Gleichgültigkeit ihrer eigenen Freunde. Das Ministerium Ricafoli hat es verstanden, durch eine klug berechnete innere Politik sich die kleinen Grundbesitzer und Dorfsäpler zu befrieden. Eine mächtige, frische Initiative, Rücksichts- und Verschönerungsbauten haben jedem mühsigen Arme

heit gegeben, dem Miasma der Maremmen ist der Krieg erklärt worden, und Kapital und Unternehmungsgeist finden allerwärts lohnende Verwendung. Dieser Tage noch hat eine Privatgesellschaft Konzession erhalten, auf eigene Kosten die Trockenlegung des See's von Fucecchio und die Kanalisation der Wasser zu übernehmen. Der Staat reservirt sich einen Antheil an den für den Pflug zu gewinnenden Strecken. (K. 3.)

— [Verhaftungen.] Ein Theil der früheren Leibgarde des Großherzogs, mit dem Kapitän Tassanari an der Spitze, wird noch immer in dem Gefängnisse Murate in Haft gehalten.

Rom, 21. Febr. [Die päpstlichen Truppen; Verhaftungen.] Durch die häufigen Desertionen im vorigen wie auch noch in diesem Jahre kamen in das hier stationirte päpstliche Dragonerregiment alle Elemente der Auflösung. Seine Reihen schrumpften nach und nach so zusammen, daß die Zahl der Offiziere und Graduierten zu der der Gemeinen in keinem Verhältnisse mehr stand. Das Regiment ist deshalb nun bis auf 2 Schwadronen aufgehoben, wobei seine außerdem noch vorhandenen Überbleibsel mit der rettenden Gendarmerie vereinigt wurden. Die Regierung bedarf auch für den sehr erweiterten Polizeidienst mehr der Gendarmerie als zum Felddienst der Dragoner. — Die Zirkel unserer patriotischen Jugend sehen seit einer Woche jeden Morgen den einen oder anderen in ihrer Mitte fehlen. Keine Nacht vergeht ohne Verhaftungen verdächtiger Karnevalsdemonstranten. Es ist auffällig, daß die Arreste durch französisch-päpstliche Wachen ausgeführt werden. Ein mir bekannter angelehner auf Monte Farina wohnhafter Advokat hatte vorgestern einen solchen nächtlichen Besuch, der seinen Sohn aus dem Bett holte. Der Vater erklärte sich bereit, mit seinem Leben für die Unschuld des Sohnes einzustehen; doch vergebens, er wurde weggeführt. (B. 3.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 18. Febr. [Festlichkeit; Eisenbahn;
die Bauernfrage.] Vorgestern war großer glänzender Ball
beim französischen Gesandten; der Kaiser so wie die Großfürsten
und Großfürstinnen waren zugegen. — Gegen die Tsarskoje-Selo-
Eisenbahngesellschaft hat sich in der Presse eine lebhafte Polemik
entspannen, weil die Bahn seit zwanzig Jahren nicht reparirt und
daher sehr schlecht, die Wagen unbequem, die Schaffner grob und
die Passagierpreise ungebührlich hoch seien. Der Präsident des
Verwaltungsrathes, Fürst Alexis Orlow, und die drei Direktoren
haben in Folge dessen ihr Amt niedergelegt und die Aktionäre ha-
ben an ihrer Statt die Hauptbeschwerdeführer in die Direktion ge-
wählt, um zu erproben, ob sie nicht bloß tadeln, sondern auch besser
machen können. — Ueber die Bauernfrage, bemerkt die „Deutsche
Petersb. Ztg.“, gehen verschiedene Gerüchte um. Das wahrschein-
lichste von allen ist, daß die Vorarbeiten in dieser Angelegenheit
schon in diesem Frühjahr beendet sein werden, und daß man im
Herbst wenigstens zu der endgültigen Bestimmung der Hauptpunkte
wird schreiten können; dann werden sich diejenigen Personen, welche
die Sache interessirt, faktisch von der Unrichtigkeit der Behauptung
überzeugen, als ob die Angelegenheit auf drei Jahre hinausgeschoben
wäre.

D ä n e m a r k.

Flensburg, 25. Februar. [Ständeversammlung.] In der gestrigen Sitzung erhielt endlich Graf Baudissin zur Motivirung seines Antrags, daß der Ständeversammlung baldigst ein Gesetzentwurf, betreffend Einführung der Preszfreiheit, vorgelegt werden möge, das Wort. Der Antragsteller begnügte sich zunächst auf die Zweckmäßigkeit der Preszfreiheit im Allgemeinen hinzuweisen und insbesondere hervorzuheben, daß er seinen Antrag nach dem vorgestern verlesenen Ministerialreskript nur noch für gerechtfertigter und nothwendiger ansah. Von dänischer Seite sprach zunächst Pastor Mörk-Hansen gegen den Antrag, und ihm schlossen sich zwei andere dänische Pastoren an. Thomsen-Oldenswortz weist die von den früheren Rednern gegen den Antrag erhobenen Einwürfe zurück und geht hierbei zugleich auf eine Bedeutung des in der vorgestrigen Sitzung verlesenen Ministerialreskripts ein, wird aber vom Präsidenten unterbrochen und zur Sache verwiesen. Der Redner schließt darauf mit der Bemerkung, er habe eben nur zeigen wollen, daß die vom Minister so stark betonten Privilegien der Ritterchaft wenig bedeutend seien; im Übrigen, meine er, daß diese Privilegien doch das Land der Preszfreiheit nicht unwürdig machen könnten. Der Antrag wurde schließlich mit 26 Stimmen gegen 14 an ein Komité verwiesen. Es folgt alsdann der zweite Antrag des Grafen Baudissin, betreffend Einführung des Rechts der freien Vereinigung. Der Antragsteller bittet mit kurzen Worten um die Niedersezung eines Ausschusses zur Prüfung und Berichterstattung über seinen Antrag, von dem er allerdings bedauert, daß er derjenigen Seite der Versammlung die soeben eine so große Schau vor der Preszfreiheit an den Tag gelegt habe, wohl noch mehr Furcht einslösen werde, als der früher motivirte Antrag. Pastor Mörk-Hansen erhob sich in der That sofort, um unter Bezugnahme auf seine gegen die Preszfreiheit angeführten Phrasen auch gegen diesen zweiten Antrag zu opponiren. Doch erklärten sich die Deutschen wiederum mit 26 Stimmen gegen 15 für Niedersezung eines Komité, dem es zunächst obliegen wird, über den Antrag Bericht zu erstatten. (N. 3.)

Zürfeli.

Konstantinopel, 15. Februar. [Fürst Milosch; die Escherkessen einwanderung; Anleihe.] Milosch ist schwer erkrankt und wurde sogar schon tott gesagt. — Eirklassen entvölkert sich in immer gröberen Dimensionen. Der englische Gesandte und der französische Geschäftsträger haben der Pforte gerathen, den Escherkessen, um ihre Einwanderung zu moderiren, freien Zutritt nach Kleinasien zu gestatten. — Die Regierung hat nach London Ordre gegeben, eine Anleihe von sechs Millionen Pfd. St. zu negocieren. Die letzte Anleihe hatte 5 Millionen Pfd. St., d. i. 547,925,000 Piaster gebracht; die einzulösenden Kaimes aber beliefen sich auf 618,979,000 Piaster; es bleiben demnach noch immer 71 Millionen uneingelöst.

A m e r i c a

Newyork, 11. Febr. [Der Bürgerkrieg in Mexiko; Revolution in Bogota; Vermischtes.] Es sind hier mexikanische Nachrichten aus Acapulco vom 2. d. M. eingelaufen. Es fehlte dem General Alvarez an Geld, um den Krieg fortzuführen. Der amerikanische Schooner „Falmouth“ war von Manzanilla ausgelaufen, weil er fürchtete, weggenommen zu werden. —

Laut Berichten aus Bogota war in jener Hauptstadt eine Revolution ausgebrochen. Die katholische Geistlichkeit hatte alle von der Londoner-Bibelgesellschaft vertheilten Bibeln sammeln und auf einem öffentlichen Platze verbrennen lassen. Der englische Gesandte protestirte mit Entschiedenheit gegen dieses Verfahren, während der Vertreter der Vereinigten Staaten, Herr James, welcher bei dem Verbrennen zugegen war, dasselbe begünstigte. Ein ausführlicher Bericht über den Vorgang ist nach Washington gesandt worden. — In Valparaiso hat eine Feuersbrunst 50 Häuser in Asche gelegt. — Auf der Landenge von Panama herrscht große Aufregung in Folge der Nachricht, daß zu Drixes neue Goldminen entdeckt worden seien. — Im Kongreß zu Washington ist der Ausschuß für den Handel beauftragt worden, zu prüfen, ob es nicht zweckmäßig sei, amerikanischen Schiffen den Kulihandel zu verbieten. — In der Nähe des Kapitols wäre es gestern zwischen den Herren Edmondson und Hickman beinahe zu einem Zweikampfe gekommen. Den Umstehenden gelang es jedoch, die Streitenden zu trennen und Blutvergießen zu verhindern.

A u s t r a l i e n.

— [Eisenbahnen in Australien.] Die australische Kolonie Victoria hat fünf Eisenbahnlinien, von denen drei vollen-det sind; zwei sind Werke von Privatgesellschaften. Die eine führt von Melbourne nach der Hudsonbahn (Zweigbahn nach St. Kilda), hat 365,240 Pf. St. gekostet und warf im letzten halben Jahre eine Dividende von 14 Prozent ab. Die zweite ist die zwischen Melbourne und Geelong. Sie ist 42 englische Meilen lang und hat 590,576 Pfund St. gekostet. Eine dritte Linie, die Melbourne mit Williamstown verbinden soll und eine Fortsetzung der Geelongbahn bildet, ist von der Regierung angekauft worden und wird gegenwärtig bis Sunbury befahren. Sodann ist eine die Haupt-Goldgegenden berührende Regierungsbahn in Angriff ge-nommen worden, welche Melbourne mit dem Flusse Murray ver-binden soll. Man hofft im Dezember 1861 eine Strecke von 94 engl. Meilen dem Verkehr übergeben zu können. Auch nach Balla-rat soll eine 53 engl. Meilen lange Bahn gelegt werden, deren Kosten man auf 1,271,841 Pf. St. veranschlagt.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 28. Febr. [20. Sitzung.] 313 Abgeordnete sind auf dem Platze, denn es handelt sich nur die von dem Abg. v. Arnim (Neustettin) beantragte namentliche Abstimmung über die vier Gesetzeswürfe, betr. die Regulirung der Grundsteuer. Alle Minister, mit Ausnahme des Kriegs- und des Kultusministers, sind gegenwärtig und außerdem werden noch 6 Regierungs-kommissarien assistiren. — Von obigen 313 Abgeordneten stimmen 222 für, 91 gegen die Gesetzeswürfe. Von diesen letzteren erwähnen wir: Ander, v. Arnim (Neustettin), v. Bentkowksi, v. Bernuth, Bescherer, v. Bismarck, v. Blankenburg, Blockhagen, v. Bonin (Stolp), Brüggemann, Graf v. Bülow, v. Chlapowski, Conzen, Dr. Cotteten, Denzin, Drenthal, Diethold, Ebert, Freiherr v. Estorff, v. Fock, Graf v. Fürstenstein, Gamrath (Stallupönen), Gamrath (Elsit), v. Gersdorff, v. Graevenitz, Grüttner, Häbler, v. d. Hagen, v. Hanstein, Hartort, Henze, v. Heydebrand u. d. Laia, Frhr. v. Hiller, Hinrichs, Jüngel, Graf v. Kanitz, v. Kessel, Frhr. v. Kleist, Klingenberg, Kossmeli, Kühne (Berlin), v. Lavergne-Peguilhen, Graf v. Lebendorff, v. Leipzig, v. Lessing, Dr. Libelt, v. Luszkoinski, Frhr. v. Manteufel, Martens, Megle, Graf Melchiorowski (Wreschen), Milde, Peterson, v. Platzen (Lehr-lauth), Graf Plater, v. Potworowski, v. Prillwitz, Graf Pückler, Frhr. v. Reibniz, Roche, Rohden, v. Rosenberg-Lipinski, Prinz Ferdinand zu Schönaich-Carolath, Schröder, Frhr. v. Schröter, Senff, Frhr. v. Seydlitz, Siebert, v. Sypkier, v. Sommius, v. Stablewski, Graf Strachwitz, Strecker, Taddel, v. Tettau, Thiel, v. Wedell (Nordhausen), v. Wedell (Gremzow), v. Weyher, Wendt, Würmeling, v. Zastrow, Freiher v. Bedlig-Neukirch, v. Złotowski.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung (für die Geschäftssordnung) betrifft die Abordnung der Regierungskommissarien zu den Kommissionsberathungen über Petitionen. Der Antrag der Kommission wird angenommen. Er lautet: "Das hohe Haus wolle, indem es sich im Uebrigen mit den Vorschlägen hinsichtlich der bureaumäßigen Behandlung der Petitionen einverstanden erklärt, die Vorsitzenden der Kommissionen ermächtigen, in den ihnen geeignet erscheinenden Fällen" die Original-Petitionen nebst ihren Anlagen dem Ministerium mitzutheilen." — Das Haus wendet sich nunmehr zu der Berathung über den Gesetzentwurf, betr. die Berg- und Hüttenarbeiten für den ganzen Umfang der Monarchie, mit Ausglüh des linken Rheinufers. Derselbe wird in der Fassung der Kommission mit einigen Abänderungen angenommen. Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist ein Bericht der Budget-Kommission über die Staats: 1) für das Bureau des Herrenhauses, 2) für das Bureau des Hauses der Abgeordneten, 3) für das Bureau des Staatsministeriums, 4) für die Archive, 5) für das Staatssekretariat, 6) für die General-Ordenskommission, 7) für das Geheime Zivil-Kabinett, 8) für die Ober-Rechnungskammer, 9) der Ober Examinationskommission für die Prüfung zu höheren Verwaltungsamtern, 10) des Disziplinarhofes, 11) des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, 12) des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. — Zum bereits von uns erwähnten Antrage, die Errichtung eines Archivs für die Provinz Posen betr., nehmen mehrere Redner das Wort. Die Majorität der Kommission hatte theils durch die von dem Regierungskommissar geltend gemachten Gründe, theils von der Rücksicht bewogen, daß sich die Landesvertretung nur in ganz ansnahmswerten Fällen zur Beantragung einer Mehrausgabe veranlaßt seien könne, die Ablehnung des Antrags empfohlen. Nach einer Debatte, in der sich die Abg. Rohden und Osterath zu Gunsten des Kommissionsantrages, die Abg. Reichenasperger (Köln) und v. Morawski zu Gunsten der Errichtung des Archivs vernehmen lassen, wird beschlossen, den oben erwähnten Antrag der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Debatte hatte durch die Hineintragung der nationalen Frage eine gewisse Lebendigkeit gewonnen; Abg. Reichenasperger warnte, den Polen einen neuen Stich zu geben, und Avg. v. Morawski schloß seine Rede: Ich appellire an Ihre Gerechtigkeit, an die Gerechtigkeit dieses Hauses; es wird in dieser schmerzensreichen Gegenwart den politischen Egoismus nicht so weit treiben, um auch in diesem Falle unsre Ansiedlung unbedacht zu lassen.

Der Etat für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gibt zu einer politischen Erörterung Gelegenheit. Abg. Frhr. v. Diergardt bedauert, daß in einem der wichtigsten Staaten, in Brasilien, sich kein preußischer Generalkonsul befindet, es wäre überhaupt zu wünschen, daß Preußen einen thätigen Anteil an den außereuropäischen Angelegenheiten nehmen möchte. Abg. Harkort richtet heftige Angriffe gegen die preußische Diplomatie im Auslande. Der eine Gesandte könne die Lust des ihm angewiesenen Aufenthaltsortes nicht vertragen und ginge ein halbes Jahr lang auf Urlaub; der andere sei stets von seinem Posten abwesend, und läme so einen ungünstlicher Preuße im Auslande in dem Fall, sich an seinen Gefährten wenden zu müssen, so hieße es immer in Kopenhagen, wie in Kassel und Hannover: ja der Gesandte wohnt nicht hier, sondern in Berlin. Es sei ferner wohl möglich, den Gesandtschaftsposten in der Schweiz mit dem in Stuttgart zu vereinen. Nachdem der Redner noch pilante Details über preußische Konsuls mitgetheilt, trägt er darauf an, bei dem Tit. III. Besoldungen des Gesandtschaftspersonals 11,000 Thlr. (für den Gesandten in der Schweiz) abzuziehen. — Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, v. Schleinitz, bedauert, daß so ungerechtfertigte Urtheile über einzelne Kategorien preußischer Beamten in der Landesvertretung ihren Ausdruck finden können, Urtheile, welchen er mit aller Entschiedenheit entgegentritt, Urtheile, welche mehr den Charakter von Vorurtheilen haben. Es mag zugestanden sein, daß, obgleich die preußische Diplomatie sich von der Diplomatie anderer Länder nicht spezifisch unterscheidet, sie dennoch den Schein, aber auch nur den Schein von Inferiorität hat. Dieser Schein von Inferiorität hat aber nicht seinen Grund in einer geringen Befähigung, in einem geringern Eifer, sondern darin, daß die preußische Diplomatie die schwierigsten Aufgaben mit den verhältnismäßig geringsten Mitteln zu lösen hat. Alle Beschuldigungen des Vortredners sind ohne Beweis ge-

blieben. Ist ein Gesandter von seinem Posten abwesend, so hat ihm die Regierung aus guten Gründen, für welche sie keine Rechenschaft zu geben hat, einen Urlaub ertheilt. Was speziell die Abwesenheit des preußischen Gesandten von Kassel betrifft, so steht die Regierung nicht an, folgende Aufklärung zu geben: Im Spätherbst vor J. hatte die hessische Regierung ihrem Vertreter am preußischen Hofe einen Urlaub auf unbestimmte Zeit gegeben, und die Art und Weise, in welcher der preuß. Regierung hiervom Kenntniß gegeben wurde, ließ keinen Zweifel darüber, daß die hessische Regierung eine politische Demonstration beabsichtigte, welche weder unbemerkt, noch unerwidert gelassen werden konnte. Sie ist in der mildesten Weise erwiedert worden, indem der diesseitige Gesandte in Kassel einen Urlaub erhielt; die diplomatischen Beziehungen sind aber nicht abgebrochen worden. Die von dem Vorredner angeführten Thatsachen sind neu und der Regierung unbekannt. Der Minister mache es sich stets zur Pflicht, gegründeten Klagen und Beschwerden sofort Abhülfe zu verschaffen, ungegründeten Beschwerden gegenüber aber wird er Beamte, welche an Eifer und patriotischer Hingabe Niemandem nachstehen, und welche es nicht verdienen, hintangezogen zu werden, auf alle Art beschützen. Die geforderte Vereinigung der Gesandtschaften von Stuttgart und Bern ist ganz unmöglich. Die Schweiz ist vermöge ihrer geographischen Lage von großer Wichtigkeit und gerade jetzt ist sie dazu bestimmt, auf die fernere Entwicklung der Dinge einen bedeutenden Einfluß auszuüben. Preußen muß da vertreten sein, wo alle Mächte Diplomaten haben, wo Frankreich selbst von einem Diplomaten ersten Ranges, von einem Botschafter sich vertreten läßt. Wer wollte leugnen, daß auch der Posten von Stuttgart wichtig ist? — Abg. Harlort hält seine Angaben aufrecht, zieht aber auf Erwischen des Abg. Milde seinen Antrag auf Absetzung der 11,000 Thlr. zurück. Abg. Milde ist übrigens auch der Meinung, daß man nicht an allen kleinen deutschen Höfen Diplomaten zu unterhalten brauche und hier Ersparungen eintreten könnten. Die Hauptfahnen würden doch immer durch Spezialmissionen und von Fachmännern betrieben. Die ferneren Titel des Budgetberichts werden ohne Diskussion genehmigt, eben so die Additionalkonvention mit Sardinien, das Gesetz wegen Ablösung der Rekallisten, 15 Petitionen, das Unterrichtswesen betr., werden durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Donnerstag, 1. März: Petitionsberichte.

[Petition.] Von einer großen Anzahl von Grundbesitzern aus den Regierungsbezirken Königsberg, Danzig, Marienwerder, Köslin und Bromberg ist an das Haus der Abgeordneten die Bitte gerichtet worden: die Bonitur und Katastrierung des Grund und Bodens in den östlichen Provinzen des Staates anzuerkennen und bei der königlichen Regierung zu beantragen. Petenten sehen in der Ausführung dieser Maßregel das einzige Mittel zur Be- schaffung des den östlichen Provinzen fehlenden Realredits. Nach ihrer Ansicht kommt aber der Mangel an Realredit hauptsächlich daher: 1) weil es an einem leicht erkennbaren, sicheren Maßstab zur Beurtheilung der Güter fehle, 2) weil die Hypotheken-Dokumente der Gläubiger als Werth- und Kreditpapiere nicht zu benutzen, 3) weil die Substaationen wegen der jedesmal aufzunehmenden gerichtlichen Taxe Jahre lang hingezogen werden. In Bezug auf den Punkt ad 1) verweise Petenten auf die in den einzelnen Provinzen noch bestehenden, auf unhaltbaren wirtschaftlichen Prinzipien basirten landwirtschaftlichen Taxen für die Rittergüter, welche keinen Anhalt zur Beurtheilung des wahren Werths der Güter abgeben. Eine gleiche Bewandtniß habe es auch mit den gerichtlichen Taxen für nichtadlige Güter. Als einziges sicheres Mittel zur Beurtheilung dieser Nachtheile empfehle sich: die neue Bonitur und Katastrierung aller Grundstücke in den östlichen Provinzen nach den Prinzipien der Grundtaxen auf Regenwert berechnet und die Feststellung sogenannter Werthhäuser z. B. 500 Scheffeln Reinertag als Wertheinheit in der Weise, daß von jedem Grundstück ersichtlich gemacht werde, wie Werthhäuser oder Theile von Werthhäusern es enthalte. Nach Ausführung dieser Maßregel, welche sich bereits in Mecklenburg bewährt habe, sei der Werth der Güter durch die Grundtaxen sofort erkennbar, die Werthhäuser enthalte gleich einer Waare einen Marktpreis, und es sei auf diese Weise der sichere Maßstab zur Belebung der Grundstücke, so wie ein geeigneter Reparitionsmodus für die auf den Grund und Boden zu legenden Lasten gefunden. In der Finanzkommission haben diese Ausführungen Zustimmung gefunden, und erklärte auch der Vertreter des Ministeriums, die Regierung habe durch die Grundsteuer-Vorlagen über die Notwendigkeit der Katastrierung keineswegs definitiv entschieden, sondern sich vollständig freie Hand vorbehalten.

— Die Kommission für Güten und Zölle hat über 9 Petitionen Bericht abgefasst, von denen wir folgende erwähnen: Magistrat und Stadtverordneten zu Hirschberg, Mehlsack und Neukirch-Friedland bitten um gleichmäßige Vertheilung der Servisabgabe und der Kriminalostenrate. Gutsbesitzer Buchholz aus Glückau im Kreise Danzig bittet, die Bonitirung und Katastrofierung des Grund und Bodens in den östlichen Provinzen des Staates als nothwendig anzuerkennen und bei der f. Regierung zu beantragen. Die Kommission schlägt dem Hause vor, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Gemeinde Gorcziskowo bei Bromberg stellt unter Beitritt von 10 benachbarten Gemeinden die Mitzverhältnisse vor, welche das Grundsteuergesetz vom 14. Oktober 1844 für die Bewohner der Provinz Posen herbeigeführt hat, unter spezieller Anführung mehrerer Beispiele von auffallenden Steuerüberbirdungen. Die Kommission empfiehlt über diese, so wie über die übrigen, Petitionen den Uebergang zur Tagesordnung. PB

Militärzeitung

— [Der militärische Stand der Dinge in Savoien und Mittel-Italien.] Nach österreichischen Zeitungsnachrichten sowohl, wie nicht minder nach französischen und italienischen zu urtheilen, scheint der italienische Patriotismus aus dem Gebiete der That, nämlich auf dem Felde der militärischen Zurüstungen zur Behauptung der von Italien gewonnenen, oder vorläufig wohl mehr noch erstrebten Unabhängigkeit und Freiheit, nur sehr dürftige Früchte zu tragen; denn alle Berichte stimmen darin überein, selbst die Anstrengungen hierfür in Piemont aus einem Gesichtspunkte zu schildern, welcher zum gelindesten ausgedrückt kein günstiger erscheint, während die militärischen Zustände in Mittel-Italien wohl zum Besten durch einen Ausgang vorigen Monats von dem „Monitori toscana“ veröffentlichten Regierungserlaß trittfinden werden, wonach den Truppenheilen der mittel-italienischen Liga angelegerntlich die Freiwerbung von schon bei anderen Korps derselben Armee eingeschworenen oder von diesen entlassenen Individuen, den Mannschaften dieser nämlichen, wie es danach scheinen will, trefflich disziplinierten Armee dagegen das Land- und Reislaufen, d. h. das Desertiren von der Fahne und sich doppelt auwerben lassen, unterfragt wird. Von den ehemaligen Truppenkörpern der italienischen Herzogthümer sind, außer in Modena noch vier Bataillone, selbst nicht einmal mehr die Kadres zusammen, die nach den einzelnen Landschaften oder größeren Städten benannten Legionen, welche an Stelle der ehemaligen stehenden Truppen aus den Reihen derselben und Freiwilligen resp. geworbenen Mannschaften gebildet werden sollten, sind dagegen, wie z. B. die parmesanische Region, die eine frühere Waffenmacht von 6 Bataillonen, 2 Schwadronen und einer Batterie vertreten soll, und für Mitte vorigen Monats mit ungefähr 900 Mann angegeben wird, entweder nicht viel über die Hunderte hinausgewachsen, oder sie haben sich, seitdem die Aussicht auf französische Hilfe und eine diplomatische Ausgleichung der italienischen Wirren verstärkt ist, wieder verlaufen, oder sie sind, wie die von Umbrien, aus Mangel an Menschen, Waffen, militärisch vorgebildeten Führern und vor Allem an Geld noch gar nicht zu Stande gekommen. Eine regelrechte Aushebung ist zwar schon wiederholt ausgeschrieben angeordnet, jedoch noch immer nicht ausgeführt worden, wovon der einfache Grund, daß das Landvolk einen Abscheu vor der Konskription besitzt und die Stimmführer des Tages es mit diesem nicht verderben wollen. Die gesammte Militärfraft der Liga wird zwar angeblich auf 50,000 Mann angegeben, doch sind mehr als 30,000 Mann Nationalgarden dabei inbegriffen, welche vorläufig wenigstens für den Felddienst aber auch nirgends anders als auf dem Papier existieren. In Piemont endlich lag ursprünglich die Absicht vor, die Armee in aller Schnelle um 12 weitere Infanterieregimenter zu je 4 Bataillonen, 14 Bataillone Bersaglieri, 1 Artillerieregiment zu 12 Feld- und 4 Festungspionieren, und 7 Reiterregimenter zu je 4 Schwadronen zu verstärken, zu deren Errichtung auch bald nach dem Abschluß des Friedens von Villafranca durch Bildung der Kadres der Anfang gemacht wurde. Geld-, Waffen- und Menschenmangel, wie Rücksichten aller Art auf die leichtbewegliche Bevölkerung der neuworbenen Distrikte, ebenso wohl auch auf den allmächtigen Bundesgenossen lähmt jedoch auch dort bald das beabsichtigte Vorhaben, und bereits Ausgang vorigen Novembers ward dasselbe auf die Errichtung von 1 Grenadier- und 4 Linienregimentern zu je 4 Bataillonen, wie auf die Bildung von 2 Bataillonen Bersaglieri und 3 Kavallerieregimentern, oder auf die Neubildung von zusammen 22 Bataillonen und 12 Schwadronen herabgesetzt. Auch diese sind sicherer Nachrichten zufolge selbst jetzt noch lange nicht weder vollzählig nochfeldfestfähig, und die eigne alte Armee ist überdies durch die Abgabe so vieler Offiziere und Unteroffiziere an die zuerst errichteten Kadres von 60 Bataillonen und 24 Schwadronen einmal außerordentlich geschwächt, und dann

durch deren teilweise Wiedereinführung in ihre ursprünglichen Truppenträger bis in ihre Grundfesten verwirkt und erschüttert worden. Um nur die allgemeine Unzufriedenheit einigermaßen zu beschwichtigen, hat die Regierung dann den Offizieren bis zum Überstehen aufwärts eine bedeutende Gehaltszulage bewilligen müssen, welche beinahe 2 Millionen Franken jährlich beträgt und wodurch die eigentlichen Rüstungen denn allerdings noch mehr beeinträchtigt werden müssten. So eben endlich sind 42 Millionen, vorläufig natürlich erst auf dem Papier, zu neuen Fortifikationszwecken angewiesen worden, doch müssen allerdings noch die Orte näher bestimmt werden, welche dann eigentlich besetzt werden sollen, da hierüber dem Vernehmen nach die Ansichten in dem sardinischen Staate noch hinsichtlich von einander abweichen, und wenn dies auch nicht wäre, durch die Erwerbung der italienischen Herzogthümer die Dinge gegen jetzt doch jedenfalls eine durchaus veränderte Gestaltung annehmen würden. — p.

Locales und Provinzielles.

Posen, 27. Febr. [Zum preußischen Handelstage.] Die von der hiesigen Handelskammer zu den Berathungen des Handelstages in Berlin deputirten Herren B. Jaffé und M. Löwin-Loth sind bereits von dort hier wieder eingetroffen.

— Posen, 29. Febr. [Die jüdische Krankenverpflegungs- und Beerdigungsgesellschaft] stellt ihren Mitgliedern eine Uebericht über die Einnahmen und Ausgaben pro 1859 mit. Die Gesamteinnahme belief sich auf 2512 Thlr., darunter Beiträge der Mitglieder 957 Thlr., Sammelbüchsen und Schlüsselgelder 202 Thlr., Fleischunterstützungsgelder 165 Thlr., Spenden und milde Gaben 104 Thlr., städtische Beihilfe zur Unterhaltung der armen Kranken in der Laiischen Anstalt und restituirte Kosten von zahlungsfähigen Kranken 304 Thlr., für Leichenleider 154 Thlr., Begate und Dotations 105 Thlr., Entlastgelder für die Erwerbung der Vereinsrechte 47 Thlr., Revenuen und Zinsen von Aktivkapitalien und Legaten 425 Thlr. n. Die Gesamtausgabe dagegen bat 1996 Thlr. betragen, darunter Gehalte und Lizenzen 209 Thlr., Verpflegungskosten der Kranken in der Laiischen Anstalt 600 Thlr., Unterstützung armer Haushalten (größtentheils zeitweise) 752 Thlr., Unterstüzung durchreisender Kranken 32 Thlr., Leichenleider, Waschhelfer, Dienststellen, Heilapparate u. 20 Thlr., für Andachtssübungen geld ic. 91 Thlr., Utensilien, Kleidungsstücke u. 20 Thlr., für die Bezahlung der Begehrten 78 Thlr., Bezahlung von Gleichen, nach den betr. Bestimmungen der Paratarien 155 Thlr. u. s. w. Der nach Deckung dieser Ausgaben verbliebene Überschuss der Einnahmen (über 500 Thlr.) ist dem eignen Fonds zugefallen.

— [Die Physikatsstelle des Schildberger Kreises] ist erledigt und haben sich qualifizierte Aerzte, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, unter Einreichung der erforderlichen Atteste bei der hiesigen königl. Regierung zu melden.

— [Kath. Pfarrstellen] Nach der erfolgten Emeritierung des Geistlichen Pawłowski zu Stupia (Kr. Posen) ist die kommandarische Verwaltung dieser Stelle dem bisherigen Vikarius Dynkowsky in Bonn übergeben worden. — Den bisherigen Kommandarien Anton Schädler zu Igen (Kr. Graustadt), Michaelowski zu Brodnica (Kr. Schrimm) und Simon zu Moschin ist am 19. d. Ms. die kanonische Institution für die gedachten Pründen ertheilt worden.

— [Erledigte Schulstelle] Die evang. Schullehrer- und Orga-

nistenstelle zu Ulbersdorf (Kr. Graustadt) ist erledigt und sofort zu besetzen. Der Schulvorstand hat das Präsentationsrecht.

— Schwerin, 28. Febr. [Sparkasse; Verurtheilung; Verschiedenes.] Bei der durch den hiesigen Magistrat am 11. Mai 1850 gegründeten Sparkasse stellte sich am Schlusse des verflossenen Jahres folgendes Resultat heraus. Die Zahl der im Kurs befindlichen Quittungsbücher betrug 57 über 399 Thlr. Daran haben a) Kirchen, Schulen ic. 20 Stück über 1847 Thlr.; b) Kinder 22 Stück 345 Thlr.; c) Dienstboten 11 Stück 1347 Thlr. — Am 23. d. wurde in Sitzung der hiesigen Kreisgerichtsdeputation gegen den Handelsmann S. St. von hier die Anklage wegen versteckten Buchers öffentlich verhandelt. Derselbe hatte als eigentlicher Darlehrer dem Bürger Fr. K. hier selbst 151 Thlr. gegeben, dafür aber durch den Kommissär G. am 18. Juli 1859 über 206 Thlr. zahlbar am 2. Januar 1860, einen Wechsel auf K. ausstellen und von diesem auf sich getreten lassen. G. der ein ganz armer Mann ist, erhielt von K. dafür, daß er das Wechselsekret geschrieben und seinen Namen vergeben hatte, 1 Thlr. und von St. eine Belohnung von 15 Sgr. Die mündliche Verhandlung bestätigte im Wesentlichen die Anklage und lautete gegen St. auf drei Monate Gefängnis, 50 Thlr. Geldbuße oder noch 4 Wochen Gefängnis und einjähriger Verlust der Ehrenrechte. — Die hier vielfach verbreitete Liebhaberei für die Zucht von Kochindina-Hühnern hat im Einzelnen von einem noch jungen Huhn Tier einer Größe erzielt. Eine dieser Art war (ein noch größeres war zerbrochen) 3 Zoll lang, 2½ Zoll dick und wog 7 Both Zollgewicht; ein gewöhnliches Hühnchen fand seiner Längenlage nach im Quer durch Schnitte derselben kaum Raum, ohne die Schale zu berühren. — An Stelle des Magistratsmitgliedes Julius Eger, der sein Amt freiwillig niedergelegt, wurde der Schönfarber und Kaufmann Ferdinand Wotzki gewählt.

r. Wollstein, 28. Febr. [Wuthmäßliche Brandstiftung.] Seit August v. S. haben in dem Dorfe Chwalbin bei Unruhstadt vier Feuersbrünste stattgefunden, bei denen Jeder die moralische Überzeugung hatte, daß dieselben angelegt seien; aber trotz der angestellten sorgfältigen Recherchen konnten die Täter nicht ermittelt werden. Am Samstagabend lag der aus Unruhstadt heimkehrende Schmid K. aus dem Gebiete des Wirths T. die Chefs des Wirths N. sich heimlich weggeschlichen und unmittelbar darauf bemerkte er an dem Dache des T. einen Wohnhauses Feuer, das indeß nach kurzer Zeit ohne erheblichen Schaden gelöscht wurde. Die durch eine Kommission des hiesigen Kreisgerichts angestellten Nachforschungen ergaben so viele Verdachtsgründe gegen die genannte Wirthsfrau N. und deren Sohn, daß beide zur Haft hierher gebracht wurden. Die eingeleitete Untersuchung dürfte vielleicht auch Aufschluß über die früheren Brandstiftungen ergeben.

Angekommene Fremde.

Vom 28. Februar.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsb. v. Majewski aus Ochoda und Heide-roth aus Plawce, Frau Oberförster Stahl aus Zielonka, Kaufmann Renn aus Samozyn, die Debonnen v. Brandt aus Tannenberg und Petz aus Kolo.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Kraft aus Landek und Biermann aus Scrimm, Ackerwirth Biglatz aus Brodnica und Inspektor Kahr aus Kolomie.

EICHENER BORN. Kunstgärtner Szymanski aus Nolitowca.

EICHORN'S HOTEL. Die Kaufleute Wolffsohn aus Neustadt b. P. und Cohn sen. und jun. aus Petershain.

DREI LILien. Kaufmann Flatt aus Schotten.

GOLDENES REH. Die Kaufleute Kaiser aus Mistaw, Guimacher aus Zarzecze und Rogowski aus Breiten, Mühlendorfer Hoffmann aus Bednary, Frau Gastwirtz Bliniewicz aus Rogojen, die Gastwirtin Nalowska aus Blizc und Brüder Gulitsch aus Erons.

Bom 29. Februar.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Geismar aus Mainz, Koch und Bitter aus Leipzig, Hünninghaus aus Bremen, Meiß aus Kassel und Schotte aus Berlin, Rittergutsb. v. Turno aus Obiezierze, Posthalter Gerlach aus Wiersz, Partikular Kristen aus Breslau, und Künstler Bellachini aus Lissa.

HOTEL DU NORD. Major und Kommandeur Kohn v. Tački aus Lissa, Inspektor der Iduna Siebler aus Halle, die Rittergutsb. v. Chlapowski aus Brodnica, v. Mozezowski aus Zejlorz und Parkowski aus Johannsdorf.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Distrikts-Kommissarius und Bürgermeister Knopf aus Schmiedeberg, Kommissarius Emmel aus Sienhewo, Brauereibesitzer Hoffmann aus Eschendorf, Pastor Görling aus Alt-Sorge, Wirths. Beamter Kubach aus Koźnowo, die Rentiers-Bromberger aus Potsdam und Pezel aus Siele, Auctions-Kommissarius Saul und die Kaufleute Saul aus Breslau, Blasewitz aus Meißen und Freiburger aus Bromberg.

BAZAR. Die Gutsb. Graf Skorzenki aus Czerniewo und v. Lubieński aus Kęzyczno.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer Bagrowiecki aus Szczytnik, v. Wichański aus Unie und v. Kłosowski aus Braciszewo, Gutsb. und Prem. Lieutenant Sellenbini aus Koninowic und Partikular v. Zarzeczeński aus Głuchowo.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Gutsb. Bärwald aus Marienwerder, Administrator Neumann aus Dirschau, Fabrik-Direktor v. Payern aus Neulitz, die Kaufleute Gehring und Scherwita aus Berlin, Schröder aus Mühlheim, Kriete aus Bremen, Puzner aus Elbing, Preuzner aus Königsberg und v. Bröd aus Leipzig.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Agronom Weinhold aus Bonitowic, die Gutsb. Meyer aus Fraustadt, Ziffland aus Lubowic, v. Skrzypkowski aus Dziezyno, Schönberg aus Lang-Goslin, Kernbach aus Kicin und v. Brodnicki aus Nieszwitowice, Frau Oberamtmann Hadel aus Pszrowo, Fräulein Helder aus Bronk, Lieutenant Dittmer aus Eichstätt und Kaufmann Günther aus Berlin.

HOTEL DE PARIS. Apotheker Ludwig aus Rogasen, die Gutsb. v. Lutomski aus Polakow und Sypniewski aus Pietrowo.

BUDWIG'S HOTEL. Viehhändler Kłakow aus Gutsdorf-Hausland und Landwirth Puffly aus Micinowo.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

auf den 21. Februar 1860

festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Klasse ist der Rechtsanwalt Niedenburg hier selbst bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf den 17. März d. J. Vormittags um 10 Uhr vor dem Kommissarius, Herrn Kreisrichter Döring, anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschuldeten, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum 17. März d. J. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Klasse Anzeige zu machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer erwarten Rechte ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Dienstgenen, welche an die Majes Anprüche als Konkursgläubiger machen, hierdurch aufgefordert, ihre Anprüche, bis zum 4. April d. J. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gebrochenen Frist angemeldeten Forderungen, und event. zur Erklärung über Bestellung eines definitiven Verwalters auf den 1. Mai d. J. Vormittags um 9 Uhr in unserem Gerichtsorte vor dem Kommissarius, Herrn Kreisrichter Döring, zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntmachung fehlt, werden die Rechtsanwälte Justizrat Lederer und Rechtsanwalt v. Bielicki hier zu Sachwaltern in Vorschlag gebracht.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Rechtsforderung, welche sie aus den Kaufgeldern suchen, habe sich mit ihren Anprüchen bei uns zu melden. Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger, nämlich: der Partikular Raphael Fischer, der August Espernauer aus Posen, und der Joseph Tarnowski aus Hammer-Hauland, werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Bekanntmachung der Konkurseröffnung und des offenen Arrestes; Aufforderung der Konkursgläubiger.

Königliches Kreisgericht zu Pleischen, Erste Abteilung, Posen, den 25. Februar 1860 Vormittags um 10 Uhr.

Über das Vermögen des Kaufmanns Franz Doeckel zu Pleischen ist der kaufmännische Konkurs im abgelaufenen Verfahren eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung

Transport. 159 M. 8 Sgr 10 Ag.

5) Der Depositabstand des nach Amerika ausgewanderten Jacharias Cohn mit. 77. 9. 10.

6) Der Bestand der Nachlaßmasse der Constantia v. Gorzenka mit. 43. 3. 1.

7) Der Depositabstand der großjährigen Geschwister Meinke, Emilie Karoline, Pauline u. Anna Dorothea Christine, in Meinke'schen Puppenmasse mit. 9. —

8) Das Erbtheit des Daniel Traeger, dessen Aufenthalt unbekannt ist, mit. 51. 24. 6.

Summa. 340 M. 16 Sgr 3 Ag.

Die unbekannten Interessenten oder deren Erben werden aufgefordert, ihre Ansprüche binnen 4 Wochen bei uns anzumelden und zu begründen, widrigfalls nach Ablauf dieser Frist die genannten Majen als herrenlos der Justiz-Offizianten-Wittwenfeste zum Nießbrauch werden überwiesen werden.

Pieschen, den 13. Februar 1860.

Königliches Kreisgericht.

Bekanntmachung.

Von heute ab wird in der Gasanstalt der Scheffel-Koats für 5 Sgr. verkauft. Bei Entnahme von 100 Scheffeln werden außerdem 10 Prozent Rabatt gewährt.

Posen, den 23. Februar 1860.

Die Direktion der Gasanstalt.

Bekanntmachung.

Die Bauausführung des Chausseegeld-Erbebet-Etablissements zu Görlitz soll im Wege der Submission an den Mindelordnungen vergeben werden und besteht derselbe in der Ausführung:

1) eines massiven Wohnhauses,
2) eines aus Fachwerk zu erbauenden Stallgebäudes,
3) einer Umnäherung,
4) eines Brunnens und
5) in den Feuerlöschgeräthen.

Bauaufträge werden hierdurch mit dem Benutzer eingeladen, daß die Bedingungen, so wie die Anschläge und Zeichnungen in dem Bureau des unterzeichneten Kreisbaumeisters eingefüht werden können und daß die abzugebenden Offerten mit der Aufschrift (Submissions-Sachen) vergeben, versiegelt bis zum 24. März d. J. franko einzufinden sind.

Die Erbrechnung der eingegangenen Offerten, welche jeder Submitter bewohnen kann, erfolgt am folgenden Tage, als den 25. März Vormittags 9 Uhr.

Pieschen, den 26. Februar 1860.

Der Königliche Kreisbaumeister Tietze.

Bekanntmachung.

Zu Folge Auftrages des hiesigen Gerichts werden ich am 8. März d. J. Vormittags 10 Uhr in loco Tomaszew unweit Pieschen 1000 Scheffel Kartoffeln im Wege der öffentlichen Auktion an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung verlaufen, wozu Kaufleute eingeladen werden. Pieschen, den 16. Februar 1860.

Jahns, Auktionskommissarius.

Eine Apotheke wird ohne Einmischnung eines Dritten zu kaufen gefügt.

Frankfurter Offerten nehmen Gebr.

Lomite in Breslau entgegen.

Nach dem Beschluss der Generalversammlung der Aktionäre der Posener Guano-Fabrik zu Jerzyce bei Posen soll die dafelbst belegene Fabrikgebäude, bestehend aus einem Wohnhause, Haupt-

gebäude, Retortenhause, öffnen und verdeckten Schuppen, Gasanstalt, Waage ic. nebst einigen Morgen Acker, die zur Fabrik gehören, verkauft werden. Erwähnte Kaufstätte werden erachtet, ihr Gebot bis zum 24. März d. J.

verriegelt bei dem Direktionsmitgliede der Fabrik, Herrn Gutsbesitzer Liman auf Sierow, einzureichen, und in ihren Offerten die Modalitäten der Zahlung anzugeben. Am 1. April d. J. sollen die Offerten, die man frankt einzufinden bitten, mit der Bezeichnung auf dem Kuverte „Gebot an die Posener Guano-Fabrik“, geöffnet und der Aufschlag von dem Direktorium ertheilt werden. Die Herstellung der Fabrik hat einige schwierige Thaler gefordert, mit der Bezeichnung auf dem Kuverte „Gebot an die Posener Guano-Fabrik“, geöffnet und der Aufschlag von dem Direktorium ertheilt werden. Die Herstellung der Fabrik hat einige schwierige Thaler gefordert, mit der Bezeichnung auf dem Kuverte „Gebot an die Posener Guano-Fabrik“, geöffnet und der Aufschlag von dem Direktorium ertheilt werden. Die Herstellung der Fabrik hat einige schwierige Thaler gefordert, mit der Bezeichnung auf dem Kuverte „Gebot an die Posener Guano-Fabrik“, geöffnet und der Aufschlag von dem Direktorium ertheilt werden.

Gebr. F. Felsmann in Breslau, Schmiedebrücke Nr. 50.

Güter in allen Größen nehme ich zur Vermietung des Verkaufs und Verpachtung in Auftrag, und bitte die Herren Verkäufer und Verpächter um spezielle Beschreibung ihrer Güter, und werde bei meiner ausgedehnten Geschäftsvorstellung den geehrten Aufträgen reell und bald genügen.

R. Petzel, Amtmann und Güteragent in Filehne.

Das Asphalt- und Baumaterialien-Geschäft von W. A. Busse in Rawicz empfiehlt sich zur Anfertigung von Asphalt-Pflasterungen in verschiedenen Farben und Mustern mit bestem Material, als:

Trottoirs, als Fußböden in Kirchen, Höfen, Hausfluren, Biebstänen, Scheuneninnen, Trockenlegung von Kellern, Brau- und Brennereien, feurter Mauern, als auch zur besten Bezugung von Asphalt-Filz- und Asphalt-Steinplatten. Dächer unter Garantie der Haltbarkeit.

Der f. Oberamtmann Delius.

Ratten-Kräuter.

Bewährtes Mittel zur sofortigen Vertreibung der Ratten und Mäuse.
Dasselbe besteht aus besonders präparirten Kräutern, welche durchaus frei von allen giftigen Bestandtheilen, weder den Menschen noch Haustieren etwas thun, die aber, auf die Dauer eines Jahres, die Eigenschaft besitzen, daß die Räume, in welchen dieselben aufgestellt werden, von Ratten und Mäusen geschohnen und gänzlich verlassen werden.

Preis für die Glasbüchse, $\frac{1}{2}$ Pfund enthaltend, nebst dabei befindlicher, leicht fälschlicher Beschreibung des Gebrauchs 15 Sgr.

Verkaufsstelle für Posen und Umgegend bei

Ludwig Johann Meyer, Neuestraße.

Bei den jetzt sich steigernden Theepreisen empfehle ich mein auf das **Org-sältige assortite Lager von feinstem russischen und chinesischen Thee in kräftiger Ware zu noch billigem Preise.**

Gleichzeitig mache ich aufmerksam auf "Theestaub" vom feinsten Thee zum Preise von einem Thaler pro Pfund.

Jacob Appel,

Wilhelmsstraße Nr. 9, Postseite.

Neb. Stett. Hechte, Barsch und Zander heute Mittwoch Abend und Donnerstag früh billigst bei **Kletschoff**, Krämerstr. 12.

Sapiehlapag Nr. 3 sind elegant möbl. Zimmer nebst Kabinett sofort zu vermieten.

Breslauerstr. 7 ist im 2. St. 1 möbl. St. z. v.

Graben 33 sind verschiedene Wohnungen vom 1. April d. J. ab zu vermieten.

Ein Laden und eine kleine Wohnung sind Breitestraße 22 zu vermieten. Näheres dafelbst in der Wechselhandlung.

Ein Hauslehrer, welcher Knaben bis zur Quarta eines Gymnasiums oder Realchule vorbereitet tanzt und der polnischen Sprache mächtig ist, findet auf dem Lande zum 1. April c. eine angemessene Stelle. Offerten werden sub Littr. B. M. poste rest. Posen franco erbeten.

Ein Bureaugehülf findet sofort ein Unterkommen bei dem königl. Distriktsamte in **Nekla** bei Wretchen.

Auf einem Rittergute in Schlesien ist die Stelle des ersten Wirtschafts-Beamten vacant. Gehalt 200 Thlr. bei freier Station und Reitpferd, auch Tantième. Kauftion ist nicht zu leisten. Nachweis: Aug. Götsch in Berlin, alte Jakobstr. 17.

Es sucht eine hiesige, sehr achtbare Familie ein anständiges gebildetes Fräulein zum sofortigen Antritt, welches die Kinder zur Verfertigung ihrer empfangenen Schularbeiten anhalten, die Oberaufführung sie führen und die Zeitung des Hauswesens übernehmen soll. Konfession ist gleich.

Auftrag und Nachweis: Kaufmann B. Felsmann in Breslau, Schmiedebrücke Nr. 50.

Ein kräftiger Bursche fürs Haus wird verlangt Breitestr. 14.

Zwei geborene Französinnen oder Schweizerinnen werden für hohe adlige Familien verlangt.

Auftrag und Nachweis: Kaufmann B. Felsmann in Breslau, Schmiedebrücke Nr. 50.

Bei August Hirschwald in Berlin ist soeben erschienen und in der **J. J. Heineschen Buchhandlung**, Markt 85, vorrätig.

Die Gewährleistung für verkauftre Haustiere.

Technisch bearbeitet zu Gesetzentwürfen

von

A. C. Gerlach, Professor und Director an der königlichen Thierarzneischule zu Hannover.

Gr. 8. Geh. Preis: 12 Sgr.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, 28. Februar 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	74½	B
Aachen-Maastricht	4	17½	bz
Amsterdam-Rotterdam	4	69½	bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	72½	B
do. Lt. B.	4	—	—
Berlin-Anhalt	4	103½	bz
Berlin-Hamburg	4	103	B
Berl.-Potsd. Magd.	4	121	G
Berlin-Stettin	4	95	G
Bresl. Schw. Freib.	4	80	G
Brieg-Reihe	4	47½	G
Cöln-Erfeld	4	74½	G
Cöln-Minden	3½	121	B
Cöln-Derb. (Wib.)	4	—	—
do. Stamm-Pr.	5	—	—
do. do.	4	—	—
Elbau-Zittauer	4	—	—
Ludwigsburg-Bex.	4	129	bz
Magdeb. Halberst.	4	181½	B
Magdeb. Wittenb.	4	33½	bz
Mannz-Budwigsh.	4	96½	G
Mecklenburg. Pr.	4	42	bz u G
Münster-Hammer	4	89	B
Neustadt-Weihen.	4½	—	—
Niederöchl. Märk.	4	91½	bz
Niederöchl. Zweigb.	4	38	G
do. Stamm-Pr.	5	—	—
Rödd. Fr. Wilh.	4	48½-48	etw bz u G
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	108½-9	bz
do. Litt. B.	3½	—	—
Destr. Franz. Staat.	5	131½-4	bz
Doppel-Tarnowitz	4	48½	B
Pr. Wlh. (Steel-G.)	4	102	G

Die gebrückte Stimmung des gestrigen Börsentages war heute einer gewissen Zuversicht gewichen.

Breslau, 28. Februar. Die Börse war heute günstiger und die Kurse stellten sich meist etwas höher.

Schlußkurze. Destr. Kredit-Bank-Aktien 71½ bez.

Schlesischer Bankverein 72 bez. u. Gd.

Schweidatz-Freiburger Aktien 81½ Br. dito 4. Emiss. —

Breslau.

Die Börse war heute günstiger und die Kurse stellten sich meist etwas höher.

Schlesischer Bankverein 72 bez. u. Gd.

Wilhelmsbahnhof (Röbel-Oderberg) —

do. Prior. Oblig. —

do. Stamm-Pr. Obl. —

do. Prior. Oblig. 89½

do. Prior. Oblig. 89

do. Prior. Oblig. 89